

Die „Vollswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Brückenstr. 8/8,
und durch Holzverkäufer zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei im Haus M. 2.20,
wo keine Post auf D. M. 2.31.

Vollswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Redaktionsschreiber
bestehen aus
Schlesier
25 Personen
für Arbeit, Fortschritt und
Vereinswesen
15 Personen
Katholische Arbeiter 25 etc.
Inserate für die ersten 3 Wochen
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 33.

Donnerabend, den 8. Februar 1908.

19. Jahrgang.

Breslaus Haushalt.

Wirtschaftliche Konjunkturschwankungen pflegen sich früher als in den über die verschiedenen Arbeitsgebiete der Gesellschaft verstreuten Privathäusern in den Stats der großen Kommunen anzukündigen, deren Verwaltungszweige und Wirtschaftstätigkeit gleich seinen Fühlhörnern jede geringe Vibration im großen Mechanismus der gesellschaftlichen Arbeit an ihre Zentralstelle übertragen. Auch der Breslauer Stadthaushalt, der gestern der Vertretung der Bürgerschaft unterbreitet wurde, spiegelt schon jetzt die veränderte Signatur des deutschen Wirtschaftslebens wieder. Mindereinnahmen wegen Verrückung der bürgerlichen Erwerbstätigkeit und Mehrausgaben infolge der Lebensmittelsteuer, der Kohlen- und Holzpreise, sind seine Merkmale, Steuererhöhungen seine Schattenseiten. Was beim städtischen Schatzmeister, der die unangenehme Aufgabe über 1 1/2 Millionen Steuermehrforderung den Stadtvätern unterbreiten mußte, eine bloße Komplikation von Tatsachen blieb, das hallte beim Statreferenten als laute Mahnung zur Sparsamkeit wider.

In Herrn Dettinger besaß die Breslauer Stadtverordneten-Versammlung tatsächlich einen Interpreten des Stats, wie es vielleicht in den deutschen Kommunen nur wenige seinesgleichen geben wird. Er weiß die verwirrenden Zahlenhaufen in wohlgegliederte Regimenter, Schwadronen und Kompanien aufzulösen, in denen jeder Fremdling seinen Mann findet, er läßt hinter den knöchernen arabischen Ziffern das pulierende Leben der städtischen Gemeinschaftspflege hindurchleuchten und seine langjährige Erfahrung legt ihn in den Stand, den plötzlichen Erscheinungen des Tages die erlösende Geschichte der Vergangenheit beizufügen. Mit diesen Gaben verbindet er eine vornehme Sachlichkeit, eine auch in kritischen oder tadelnden Partien verjöhnende, liebenswürdige Art.

Schade, daß die Fakten wir einmal technischen Rückschlüsse auch dazu dienen mußten, um an einigen Punkten seines Referats eine direkt unsoziale — wir können keinen milderen Ausdruck finden — Stellungnahme zu verteidigen. Wie könnte er sonst die beiden einzigen sozialpolitischen Neuerungen unseres Stats, die Mißkliche und die Flubadeanstalt an der Oble, die doch durchaus keine neuemswerten Summen erfordern, der Veranschlagung als dankbare Sparmaßnahmeobjekte denotieren? Wie könnte er sonst „Lohnverbesserungen in allen Verwaltungen“ als Ursachen für die verschlechterten Finanzverhältnisse der Stadt angeben, wo wir doch allgemeine Lohnverbesserungen bescheidensten Umfangs nur an drei Stellen des Stadtstats entdecken können? Ganze 7000 Mark sollen nämlich den Hundertweihundneunzig Laternenwärtlern, etwa 6000 Mark den Marktschaffern und Aufsehern und 32,000 Mark dreihundert Feuerwehrleuten inkl. Vorgesetzten zugewendet werden. Die sonstigen Zulagen auch bei den Betriebswerken sind Aufbesserungen für Einzelpersonen, deren Betrag hinter den eben angeführten Posten noch zurückbleibt.

Auch das Hervorheben des Fünfmillionenzuschusses für die Volksschulen bei 9 Millionen für das gesamte Unterrichts- und Bildungswesen muß doch ganz anders wirken, wenn man zu erwähnen unterläßt, daß sich dieser Zuschuß auf 63,500 Volksschüler verteilt, während die Stadt den 9000 einheimischen höheren und Mittelschülern über 1 1/2 Millionen Mark opfert, also jeder höhere Schüler das Doppelte des Volksschülers als Zuschuß erhält. Hier sind die Punkte, an welchen ein sozialdemokratischer Statredner, der die Aufgaben der Kommune von anderen Gesichtspunkten aus beurteilt, Herrn Dettinger schroff entgegenzutreten muß. Das „Streichen Sie nur!“ des Herrn Oberbürgermeisters bezog sich, soweit wir seinen Zuruf beobachtet haben, auf diese Statposten sicher nicht.

Besentlich näher stehen wir dem Redner, dessen Ausführungen im Stadtverordnetenbericht wiedergegeben sind, bei den Neorganisationsplänen für die städtischen Betriebswerke. Wenn wir uns auch nicht zu der fatalistischen Ansicht bekennen, daß diese Werke rettungslos der Stagnation verfallen sind, vollständig versagen werden, so begrüßen wir doch sympathisch die Anregung, den erwünschten Mehrertrag nicht durch Erhöhung etwa der Gas- und Wasserpreise, sondern durch Erweiterung des Abnehmerkreises zu gewinnen. Für die gemischte Kommission, welche diese Vorschläge in die Tat umsetzen soll, melden wir jetzt schon bescheiden unsere Mitwirkung an, da es wohl die breiten Schichten der untersten Wählerklasse sind, in welche . . . die Propaganda für Verdrängung des preistreibenden Petroleum durch das Gas getragen werden soll. Wir entfernen uns aber von der Ansicht des liberalen Beurteilers in der Frage der bekannnten Promenadenausgestaltung, weil wir hoffen, daß eine Zeit kommen wird, in der alle Glieder der Kommune die Möglichkeit haben, sich an diesen gemeinnützigen Einrichtungen zu erfreuen. Auch in seiner alten Meinung über die Duzenz des Schulhausfonds können wir ihm nicht zustimmen.

Wirkliche Bedenken ruft die langsame Entwicklung unserer Schulen, die Rückwärtsentwicklung einiger städtischer Fortbildungsanstalten nach. Hat sich auch die Anzahl der obligatorischen Fortbildungsschüler um 350 vermehrt, so weiß doch das kaufmännische Parallelinstitut einen Schülerrückgang um 7 Prozent und die mit so großen Kosten ins Leben gerufene Handwerkerhulsgar um 25 Prozent auf. Uns frapierete das Bravo, mit dem ein erheblicher Teil der Versammlung die Bedenken des Redners gegen den weiteren Ausbau dieser Institute besetzte — sind nicht die Fortbildungsanstalten ein Hauptbestandteil des liberalen wie des konservativen Mittelstandsprogramms? Und jetzt begrüßt man den Einhaltsbefehl statt den Ausbau mit Beifall!

Was unsere Stadt schließlich bei der Erhebung der Wertzuwachssteuer an Einbußen durch die Statutänderung und an Entziehung durch weniger redliche als schlaue Geschäftsmanipulationen ertragen mußte, das grenzt an planmäßig organisierte Prellerei und läßt die „Opfer-

freudigkeit“ der Interessenten in einem sauberen Gewande erscheinen. Auch hier dürfte das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Zu der unangenehmen Notwendigkeit eines kleinen Steuerzuschusses zwingt uns neben den eingangs erwähnten elementaren Gewalten die böswillige Aufbürdung neuer Lasten auf den Rücken der Großstädte, die das berühmte Dreiklassenparlament Preußens vorbereitet. Für die Polizei, der wir nichts zu sagen haben, soll die Stadt 1908: 212,000 Mk., 1909 über 300,000 Mk. mehr bezahlen als bisher, das sind im bevorstehenden Jahre dann insgesamt 733,000 Mk., wozu sich noch 85,000 Mk. Mehrausgabe für die Provinz gesellen. Diese Ausplünderung unserer Stadtkasse rang selbst unserem hochachtbaren Schatzsekretär Mathes erhebliche Töne der Entrüstung über den preußischen Landtag ab, zu dem sich noch die Empörung über die Rechtsnachmachung der Gemeinden hundert Jahre nach der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung gesellte. Beides unterstützt der Statreferent in kräftiger Weise, auch er hält bei dem bestehenden Wahlrecht am Landtag Pöpsen und Malz für verloren. Schade, daß die städtischen Körperschaften nicht Mannes genug sind, dem kommunefeindlichen Parlament ihre Mißachtung schwarz auf weiß nach Berlin zu schicken und sich in Reich und Glied der energischen Wahlrechtskämpfer zu stellen!

Die Freisinnigen für Verkehrsabgaben.

Im preussischen Dreiklassenparlament gab heute beim Etat der Dampferverwaltung Minister Driehaus eine Erklärung über den gegenwärtigen Stand der Schiffsabgabenfrage ab. Gegen diese Belastung des freien Verkehrs auf den Strömen haben sich bisher heftig nicht nur Freisinnige und Nationalliberale, sondern sogar auch eine größere Zahl von Bundesstaaten, voran Sachsen und Hessen, heftig gestraut. Zudem ist die Einführung von Abgaben auf den schiffbaren Strömen in der Reichsverfassung verboten. Diese verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten sollen nun durch eine authentische Erklärung, das heißt eine Änderung der Reichsverfassung, beseitigt werden, und dann will Preußen mit den Einzelstaaten Verkehrsabgaben für jedes Stromgebiet festsetzen, deren Erträge ausschließlich der Verbesserung der Flußschifffahrt zu gute kommen sollen. Die widerstreitenden Einzelstaaten sollen „bundesfreundlich“ genötigt werden, mit Preußen auf diesem Wege zusammen zu gehen. Die Erklärung des Ministers fand natürlich den begeisterten Beifall der preussischen Junter und Reaktionäre. Aber während Herr Broemel von der Freisinnigen Vereinigung die Belastung des freien Schiffsverkehrs nach der bisherigen gemeinsamen Anschauung der Freisinnigen und Sozialdemokraten scharf tadelte, hat sich Herr Gylling, der beforierte Blodabgeordnete für Königsberg, schon so in die Rolle des Regierungsmannes eingelebt, daß er auch mit dieser Maßregel sich einverstanden erklärte. Ja, als die Nationalliberalen die Forderung stellten, den Rhein-Serne-Kanal tiefer auszubauen, als in der Kanalvorlage beabsichtigt war, damit auch die Rheinschiffe ihn benutzen könnten,

Jack.

Roman von Alphonse Daudet.
Einzig autorisierte Uebersetzung.

56) (Nachdruck verboten.)

Zweiter Teil.

I.

Indret.

Der Sönger richtete sich in dem Nachen auf, worin das Kind und er die Loire ein wenig oberhalb von Fainbois hinabfuhren, und begrüßte den Fluß mit emphatischer Gendbewegung:

„Schau, mein alter Jack, wie schön das ist!“
So grotesk und erzwungen auch diese komödiantische Bewunderung war, sie wurde doch gerechtfertigt durch die wunderbare Landschaft, welche sich vor ihnen ausbreitete.

Es war ungefähr vier Uhr Nachmittags. Die geschmolzenen Eiskübel funkelte die Julisonne und breitete auf den Wogen die lange, leuchtende Schleppe ihres Strahlenmantels aus. Und die Luft erzitterte davon in Wiedererschein, wie in einem Nebel von Licht, worin das kühle, schweißige Leben des Flusses mit der Schnelligkeit von Luftströmungen erlöschte. Zuvor erblitzten sie einige hauchartige Segel, welche bei dieser blendenden Tageszeit ganz blond ausfahlen und wie bestäubt fern vorüberzogen. Das waren große Kähne, welche von Voironniers kamen, bis zum Rand mit Weizen, in tausend Goldflickerchen glitzendem Salz beladen und mit malarischer Befahrung besetzt: Männer mit dem großen, dreieckigen Hut der bretonischen Salzflößer, Frauen, deren ausgestaltete, flatternde Schanden weiß und glitzend wie das Salz waren. Dann Küstenturme wie schwimmende Holzbojen, das Verdeck ganz mit Getreidebälken und Fässern beladen; Dampferhüllen, welche endlose Ketten von Röhren nachschleppten, oder auch ein nautischer Dreimaster, welcher vom Ende der Welt herkam, nach zwei Jahren der Abwesenheit in seine Heimat zurückkehrte und den Fluß in langsamer, feierlicher Bewegung hinaufzogelte, als ob er in schweigender Sammlung das wiedererfundene Vaterland begrüßte und die geheimnisvolle Röhre fernher kommender Gegenstände mit sich brachte. Ungeachtet der Zukunft wehte ein kräftiger Sauch durch diese ganze, schöne Umgebung, denn der Wind kam vom Meere her mit der Frische und Fröhlichkeit der offenen See und ließ in weiterer Entfernung, jenseits dieser dicht gedrängten Wellen, von denen die Kluge und Stille der süßen Gewässer schon mächtig schied, den grünen, grenzenlosen Ozean, die Wogen, den unwidlichen Himmel und die Stürme ablesen.

„Und Indret? wo liegt es?“ fragte Jack.

„Dort. Deine Insel uns gegenüber.“

In dem silbergrauen Nebel, welcher die Insel umhüllte, sah Jack undeutlich einige Reihen großer Pappeln und hoher Eichen, von denen ein dicker, schwarzer, weithin sichtbar, breiter Rauch aufstieg, welcher den Himmel über sich trübte. Gleichzeitig hörte er einen dröhnenden Lärm, Hammerschläge auf Eisen und Schwarzesblech, dumpfes und helles Geräusch, mannigfach zurückfallend von dem Klängen des Wassers, und besonders ein ununterbrochenes, fortwährendes Schnauben, als ob die Insel ein riesiger, angelegelter und laufender Steamer wäre, der seine Räder auch noch vor Anker und sein Schwanfen trotz der Unbeweglichkeit in Gang brachte.

Je mehr sich die Barke langsam, sehr langsam näherte, weil der Fluß schwer und mühsam zu befahren war, um so deutlicher unterschied das Kind lange Gebäude mit niedrigen Dächern und geschwänzten Mauern, die sich von allen Seiten in gleichmäßiger Platttheit erstreckten; dann an den Ufern des Flusses unabsehbare, riesige Dampffessel, in Reihen geordnet, mit Mennige bestrichen, deren glänzendes Rot eine phantastische Wirkung hervorrief. Staatsfrachtschiffe und Dampfschaluppen harrten reihweise am Kai, das man diese Kessel mittels eines riesigen Kranes verladen, welcher nahebei angebracht war und von fern einem gigantischen Galgen glich.

Und am Fuße dieses Galgens stand ein Mann und sah die Barke näher kommen.

„Das ist Roudie“, sagte der Sönger, und mit dem kleinsten seiner tiefen Töne stieß er ein unheiliges Hurra aus, welches sich selbst inmitten all dieses Kupferschmelzwerks vernachlässigbar machte.

„Ist Du's kleiner?“

„Kreuzlich, ja, ich bin's. Sieh's denn zwei Töne wie meinen unter dem Himmelsgehänsche?“

Die Barke legte an. Die beiden Brüder führten einander in die Arme und umarmten sich ungestüm.

Sie ähnelten sich. Aber Roudie war viel älter und entbehrte jener Wohlbeleibtheit, womit die Kriller und das Aushalten des Tones so schnell die Opfersänger besetzten. Statt den Bart gabelförmig wie sein Bruder zu tragen, war er rarer und kahler, und seine ganz verhoffene, blaumollene Seemannsmütze bedeckte ein echt bretonisches Gesicht, gebräunt von dem Meere und wie aus Feis gehauen, mit ganz kleinen Augen und sehr feinen, durch die sorgfältige Arbeit des Kupfers geschärften Blick.

„Und wie gehi's bei Dir?“ fragte Labastindre.

„Was macht Clarissa, Renaidie und die anderen?“

„Alles wohl auf, Gott sei Dank! Ah, da ist ja unser neuer Rehring. Ein hübscher Bursch, dieser kleine Kerl. Wie er sieht nicht sehr kräftig aus.“

„Kräftig wie ein Ochse, mein Lieber, dafür bürgen die ersten Pariser Vergle.“

„Um so besser, denn der Dienst ist schwer bei uns. Aber, wenn's Euch recht ist, wollen wir jetzt den Direktor besuchen.“

Sie gingen eine lange Allee sehr schöner Bäume hinunter, welche sich bald in eine kleinstädtische Straße verwandelte, eingeseht von weißen, sauberen und ganz gleichen Häusern. Hier wohnte ein Teil der Hüftenverwaltungsbeamten, die Werkmeister, die ersten Arbeiter. Die übrigen wohnten auf dem gegenüberliegenden Ufer in La Montagne oder La basse Indret.

Jetzt lag alles in diesem Schweigen, da Leben und Bewegung sich in das Stützenwerk konzentriert hatte und ohne das Linsenauge, welches an den Fenstern trocknete, ohne die Blumenstüpe, welche nahe bei den Scheiben aufgestellt waren, ohne das Kindergeräusch oder das Schaulen einer Wiege, welches man aus halbgeöffneter Tür vernahm, hätte man das Stadtblatt für unbewohnt halten können.

„Ach, die Fahne ist heruntergelassen“, sagte der Sönger, als sie sich dem Tor der Werkstätten näherten. „In welcher Furcht hielt mich früher diese heilige Fahne!“

Und er erzählte seinem alten Jack, daß fünf Minuten nach der Ankunft der Werkleute zur Arbeit die Fahne über dem Eingang von ihrer Flaggenstange herabgelassen wurde und verhängte, daß die Türen des Stützenwerkes geschlossen worden. Um so schärfer für die Säumler; sie wurden als abwesend gemeldet und, wenn sie ein drittes Mal fehlten, entlassen.

Während er diese Erklärungen gab, verständigte sich sein Bruder mit dem wachhabenden Wörner, und der Eintritt in das Stützenwerk wurde ihnen gestattet. Das war ein riesiges Gefilde, ein Schandens, Pfeifen, Knirschen, welches ungeschwächt abwechselte und von einer Menge dreieckig bedachter Hallen überhallte, die auf einem abfälligen, von zahlreichen Eisenbahnschienen durchfurchten Raum neben einander lagen. Eine Stadt von Eisen.

Die Schritte dröhnten auf den in den Boden eingelassenen Metallplatten. Man wanderte unter Säulen von Eisenbarren, rohem Gußeisen, Kupferbarren, unter Ketten von Auswurfkanonen. Sie wieder eingeschmolzen werden sollten und von außen verrostet, innen aber ganz schwarz waren. Sie schienen noch zu rauchen und sollten nun durch das Feuer, welches sie so oft bestrahlt, untergehen.

Roudie bezeichnete im Durchschreiten die verschiedenen Quartiere des Stützenwerkes. Hier werden die Maschinen zusammengestellt; dort sind die Arbeiter der großen und kleinen Drehscheiben, die Kupferschmelde, die Eisenhämmer, die Schmelzhütte. Er mußte schreien, so beläubend war der Lärm.

(Fortsetzung folgt.)

widerspricht Herr Gylling diesen Verlangen auf das Entschiedenste. Man solle auf alle weiteren Forderungen für den Ausbau des Wasserstraßennetzes verzichten, um nicht die Ausführung der alten Kanalvorlage, des von den Junkern gründlich demotivierten Mittelkanals, zu gefährden. Herr Gylling selbst erklärte sich ohne weiteres bereit, für die nächsten zehn Jahre erst alle weiteren Forderungen zu verzichten, ja, er versetzte sich zu der Behauptung, daß der wirtschaftliche Mangel auf die widerstrebenden Einzelstaaten, den freien Schiffsahrtverkehr zu belassen, die Reichseinheit moralisch fördern würde. So ist dem die freisinnige Volkspartei in dem einen Jahre ihrer Regierungsberechtigung glücklich unter das Niveau gesunken, das die Nationalliberalen in den dreißig Jahren ihrer Regierungsberechtigung erreicht haben. Wie im Reichstag, so ist auch im Landtag die freisinnige Partei jetzt auf die unbedingte Gefolgschaft des Fürsten Altona eingeschwohren, ungeachtet der Zusprüche, die er ihr mit der Wahlrechtsklärung versetzt hat.

Am Abende sprach und stritt man heute im Abgeordnetenhause über Mosel- und Saar-Kanalisation, der sich die rdnisch-westfälischen Adelen- und Ständerepresentanten aus Konkurrenzgründen widersetzten, über den Bau des mahrischen Kanals und die Kanalisation der Neße. Am Sonnabend stehen kleinere Vorlagen und der Rest des Bauetats auf der Tagesordnung.

Politische Heberlicht.

Der vierte Tag des Militär-Erats. Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der Reichstag legte am Donnerstag die zweite Lesung des Militäretats vor. An der Hand außerordentlich reichen Materials wird versucht, die Beschlüsse zu erklären, daß die Soldatenmilitarisation, mag auch eine gewisse Verbesserung gegenüber den arbeitslosen Zuständen der Zeit und dem in der Zeit der Jahre einsetzenden, doch immer in fürchterlichem Umfange prävalierenden, geradezu schauerliche Einzelfälle unter Protestanten vor, dessen Rede auf das Haus mit Ausnahme der äußersten Rechten tiefen Eindruck machte. Ein von Herrn, der Sächsischer, antwortete mit ein paar nichtschlagenden billigen Lebensarten von Bewußtsein der Jugend usw. Der sächsische Wagner versuchte erfolglos Altona im Scharfmaßen zu überreden. Ein edler Junger kann so was doch besser, als der nachsichtigste Richter bürgerliche Notizier. Unter der Militärjustiz stehen bekanntlich auch die Gendarmen. In welchen Unannehmlichkeiten dies führt, lete Genosse Stadthagen an einem Beispiele dar, das unter jeder im Parlamentarismus nachlesen mögen. Ein von Herrn wollte noch den Gehänseln spielen, weil Genosse Stadthagen diesen schrecklichen Fall vortrug, die Rechte übte sich wiederum in Tiraden, wofür Stadthagen ihr eine kräftige Antwort gab.

Die Kommissionsresolution, welche die Erhöhung der Mannschafslöhne auf das nächste Jahr verschiebt, wurde angenommen, unsere Resolution, welche die Erhöhung schon in diesem Jahre vornehmen will, wurde abgelehnt. Dagegen eine Zentrumresolution, die immerhin über den Kommissionsvorschlag heraus will.

Beim Aggregiertenfonds legten die Freisinnigen wieder Proben ihres Manneswertes ab. Sie erklärten durch Cichhofs Mund für den konservativen Antrag stimmen zu wollen, der die Abstriche der Kommission am Aggregiertenfonds beseitigt. Der Aggregiertenfonds ist eine wichtige Waffe des Militärliberalismus, desselben Militärliberalismus, gegen das eben noch die Freisinnigen Sturm gelaufen haben. Natürlich sind die Freisinnigen nicht umgefallen, sondern haben sich überlegen lassen. Genosse Dr. Südemum und Erberger vom Zentrum verhöhnten weiblich die Freisinnigen, die dafür vom Bloch und Ordensbruder Liebermann eine gute Note im Patriotismus erhielten. Ein paar Freisinnige unter Neumann-Hofers Führung rebellierten gegen das Gros der Fraktion. Die Abstimmung findet am Freitag statt; vorher wird über Zuckerkonvention und Zuckerversteuer verhandelt werden.

Fürstentum und Bürgertränen. Mord bleibt Mord, einerlei, ob er an einem König von Portugal oder an einem Häuptling der Sereros begangen wird, von gemieteten Briganten oder von einem wohlhabenden Genossen im Namen des Gesetzes. Das ist der Grundsatz, zu dem sich die moderne Zivilisation durchgerungen hat, die belarntlich selbst an dem schlimmsten Verbrecher nicht mehr Vergeltung üben, Rache nehmen zu müssen glaubt, sondern nur ihn unschuldig machen und eventuell bessern will. Deshalb denn auch die „Kreuz-Zeitung“ es bitter bedauert, daß man die Mörder des Königs Carlos nicht würde hängen können, da dort die Todesstrafe abgeschafft sei. Andererseits ist es jetzt bekannt, daß die sozialistischen wie die liberalen Parteien Rußlands eine eifrige Agitation für die Abschaffung der Todesstrafe betreiben. Wenn das russische Volk in die Lage kommen sollte, über seinen Kaiser zu Gericht zu sitzen, kann man dennach mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß man sein Leben schonen und versuchen wird, ihn zu einem nützlichen Bürger heranzubilden. Das wäre auch politisch das Klügste. Denn die Erfahrungen Frankreichs mit Ludwig XVI. so wohl, wie die Erfahrungen Preußens in Hannover haben gezeigt, daß man mit einer Dynastie am ehesten fertig wird, wenn man ihr das Vermögen entzieht. Nimm man einem Fürstenhause das Haupt, so setzt es neue Häupter auf; wenn es aber kein Geld mehr hat, so geht sein Gottesgnadenamt selber ab.

Wir fordern also nicht, wie einst die Bourgeoisie, „Tyrannenblut“. Mein, ob Fürstentum, ob auf der Straße vergossenes Blut des Volkes, das Blut hat in gleichen moralischen Wert. Wir machen hier keinen Unterschied, und das unterscheidet uns von der bürgerlichen Menschenmenschlichkeit. Das Mitgefühl der Bourgeoisie entwickelt sich im umgekehrten Verhältnis zu der sozialen Situation: es ist tief unter der Gefrierpunkt gegenüber den breiten Volksmassen, wo die Not und das Leid am größten sind; es erwärmt sich in dem Maße, wie die soziale Schicht sich verhinnt, und erhält eine Lieberglut auf den Höhen, wo die Fürsten stehen.

Diese treffende Antwort des „Vorwärts“ gilt allen, die sich darüber aufhalten, daß die Sozialdemokratie beim Tode von Carlos von Portugal nicht mit dem Fürstentum Jahren bergift.

Barths Austritt aus dem Vorstand der Freisinnigen Vereinigung.

Nach Berliner Anfallberalen Blättern haben die Herren Dr. Barth und v. Gerlach ihren Austritt aus dem Geschäftsführenden Ausschuss des Liberalen Wahlvereins erklärt. Die Motivierung für diesen Schritt gibt Herr Dr. Barth in folgendem an den Abgeordneten Schrader gerichteten Brief:

Berlin, den 5. Februar 1908.

Herrn Reichstagsabgeordneten R. Schrader.

Lieber Herr!

Als wir am 18. Januar an einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses anwesend waren, um die Konsequenzen der Haltung unserer Parteifreunde im preussischen Abgeordnetenhause gegenüber der Altonaer Wahlrechtsklärung zu erörtern, habe ich kein Wort darüber gemacht, daß mir eine scharfe öffentliche Kritik auch innerhalb der eigenen Partei unerwünscht erscheint, um ein weiteres Abweichen auf der durch die konterrevolutionäre Parteiung recht als gewordenen Bahn nach rechts — wenn irgend möglich — aufzuhalten. Um für eine solche Kritik freien Raum zu haben, erlaube ich meinen Austritt aus dem Geschäftsführenden Ausschuss. Nur der lebhafteste Wunsch unserer Kollegen im Geschäftsführenden Ausschuss, den Schritt nicht zu tun, bevor nicht die Fraktionsgemeinschaft des Reichstags Gemeinheit gehabt habe, erregt Stellung zu der sogenannten Altonaer Wahlrechtsklärung zu nehmen, bestimmte mich, von meiner Absicht einzusehen zurückzutreten. Die Haltung der Fraktionsgemeinschaft am 22. Januar im Reichstage, die es Ihnen unmöglich machte, den Rest des Jahres weiteren Vorstandes vom 19. Januar auszuführen, und die Ermahnungen eines beträchtlichen Teils dieser Gemeinschaft, eine freimütige Kritik an den politischen Handlungen der eigenen Partei einzuführen, haben mich erneut zu der Ueberzeugung gebracht, daß die demokratische Sache, welcher zu dienen ich beabsichtige, bei der ich mich durch Ausschließen aus dem Geschäftsführenden Ausschuss jener Rücksichten entziehen bin, die ich bisher in dieser Stellung glauben nehmen zu sollen.

Nachdem, nachdem die Erklärung meines Austritts aus dem Geschäftsführenden Ausschuss nunmehr als eine definitive angesehen zu werden.

Meine sonstigen Beziehungen zum Liberalen Wahlverein bleiben von dieser Erklärung unberührt.

Mit besten Grüßen

Freundschaftlich ergebener
Theodor Barth.

Auch Herr v. Gerlach hat mit einer ähnlichen Begründung seinen Austritt angezeigt, der Einigungsaußschuß hat infolgedessen das Strafverfahren gegen die Genannten einmütig aufgeschoben.

Ob der Austritt faktisch richtig war, wird die Zukunft lehren. Nebenfalls seien sich beide Herren bemüht, den Anfechtung zu vermeiden, als ob er einen Rückzug bedeuten sollte. Sie betonen, daß sie fortan als einfache Soldaten in den Reihen der Partei noch lebhafter für eine Aenderung der Taktik wirken wollen.

Der Optimismus, mit dem das kleine Häuflein der aufrechten Demokraten, allen Blockärdern trotzend, für die bessere Zukunft kämpft, mag nach den bisherigen Erfahrungen kaum genügend begründet erscheinen; aber immerhin hat er das Verdienst, die moralische Position der unentwegten Blockärdern stark erleuchteter zu haben. Noch immer kann das „Berliner Tageblatt“ als abendliche eine ganze Reihe freisinniger Protestkundgebungen aus allen Weltgegenden verzeichnen. Ein Teil der freisinnigen Wählerschaft hat es gründlich satt, als Trabant der Reaktion zu fungieren.

Solche Zeichen, so gering man sie auch einschätzen mag, zeigen immer doch, daß es auch für die Willkür der freisinnigen Blockärdern eine Grenze gibt, und daß der Verrat, den sie an den Grundfragen der bürgerlichen Demokratie üben, nicht ohne Strafe bleibt. Die Sozialdemokratie hat am Anfang ihrer Wahlrechtskampagne die bürgerlichen Parteien vor die Wahl gestellt, mit ihr zu gehen oder aber vom Druck der Bewegung niedergeworfen zu werden. Daß das mehr als eine bloße Drohung war, zeigt die jetzige Lage des Linksliberalismus deutlich.

Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein — dieser liebevolle Grundsatz gilt am unbeschränktesten bei der katholischen Kirche, das haben die letzten Tage zur Genüge erwiesen. Außer dem Bischof von Bamberg haben auch die Bischöfe von Passau und Regensburg den aus ihren Diözesen stammenden Theologiestudierenden der Münchener Universität den Besuch der Vorlesungen Professor Schnitzers verboten. Wer dieser Anweisung zuwiderhandelt, wird nicht zum Priester geweiht. Trotzdem sich die Verfechter bis in den Sand brügen, ruhen die diensttuenden Jesuiten des Vatikans nicht eher, bis sie sie aller Ehren, Manneswürde und materiellen Einkünfte entkleidet haben: „Zur höheren Ehre der göttlichen Lehre“ wie sie sagen.

Versammlungsrecht in Preußen.

Aus dem Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg wird geschrieben:

Am Sonntag, den 2. Februar cr., sollte in Liependorf, einem Orte im Kreise Friedeberg, eine Versammlung unserer Partei stattfinden. Es war gelassen, den Wirt zur Herberge seines Lokales zu bewegen. Der Wirt hatte im selben Ort schon mal eine Versammlung abgehalten, später stand uns das Lokal nicht mehr zur Verfügung.

Die Versammlung wurde angeordnet, worauf der Amtsvorsteher den Einberufer folgendes Schreiben übermittelte:

„Kreuz, den 30. 1. 08.
Dort wird nicht genehmigt, da Zweck und Ziel nicht bekannt.“

Der Amtsvorsteher, überschrieben in sein Name, ist also dem Zweck unbekannt, daß er annimmt, er habe eine Versammlung zu veranstalten. Zeit und Ort nicht bekannt ist, verbietet er die Versammlung. Auf telegraphische Befehle beim Landrat wurde der Amtsvorsteher eines Besseren belehrt und ertheilte die Anmeldebestätigung. Zu gleicher Zeit erhielt er aber an den Wirt — der dem Zweck unbekannt — folgenden Befehl:

„Kreuz, den 30. 1. 08.
Erzucht Ihnen die Volksversammlung am 2. 2. 08 nicht abhalten lassen zu wollen.“

Der Amtsvorsteher überschrieben.
Durch dieses Schreiben, das der Wirt in seiner amtlichen Eigenschaft sandte, hat er sich unbedingt eines Mißbrauchs einer Amtsgewalt schuldig gemacht. Das scheint der gute Herr auch selbst empfinden zu haben, da er das Schreiben mit geheim (sogar doppelt unterschrieben) beschriftete.

Beide Schriftstücke zeigen wieder, wie es mit dem Versammlungsrecht in Preußen bestellt ist. Gätten sich unsere

Genossen oder der Wirt einschüchtern lassen, wäre die Versammlung unmöglich gewesen.

Die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses behandelte am Mittwoch Abend, 445 Petitionen um Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und zwei Petitionen um Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts der Regierung als Material zu überweisen.

Die Versammlungsammelung. In der Reichstagskommission für Beratung des Vereinsgesetzes kam am Mittwoch der Artikel 3, der von der Anmeldebücherei der Versammlungen handelt. Dabei erklärte der Staatsminister v. Bethmann-Hollweg, daß die Anmeldebücherei der öffentlichen Versammlungen nicht sei, die die Polizei in den Stand zu setzen, die nötigen Maßnahmen zu treffen, die im öffentlichen Interesse geboten seien. Nebenfalls solle die Anmeldebücherei nicht zur Störung oder Verbindung von Versammlungen in einem oder zur Schließung benutzt werden. In diesem Paragraphen liegen eine große Anzahl Abänderungsanträge vor, die noch nicht zur Abstimmung kamen.

Die Polenkommission des Herrenhauses begann die Beratung der Entlassungsvorlage mit einer Generaldebatte. Zurzeit läßt sich noch nicht übersehen, welche Aufnahme die Vorlage in der Kommission finden wird. Die polnische Reichstagsfraktion verlangt in einer Resolution zum Etat des Reichsanwalter-Büros die Uebertragung der Entlassungsvorlage, weil dieser Entwurf gegen die Grundzüge der Gleichheit des Staatsbürgers vor dem Gesetz und der Unerklichkeit des Privateigentums verstoße und somit nicht bloß der Reichsfinanzverwaltung widerspricht, sondern auch die Grundgesetze der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung erschüttere. Die „Nordb. Allgemeine Ztg.“ schreibt: „Eine parlamentarische Korrespondenz verbreitet, wie wir der „Germania“ entnehmen, die Behauptung, der Kaiser beabsichtige, die Polenvorlage zurückzusetzen. Im Anschluß daran teilt die „Germania“ mit, daß der Kaiser geduldet habe, es sei ihm gleichgültig, was aus der Polenvorlage werde.“ Beide Angaben können wir als Entfindung bezeichnen.

Das neue Majestätsbeleidigungs-Gesetz. Der Bundesrat hat den Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung der Majestätsbeleidigungen nach den Beschlüssen des Reichstages endgültig genehmigt. Also dürfte die Veröfentlichung und das Inkrafttreten bald erfolgen.

Stengel geht. Auch der „P.-A.“ tritt mit, daß der Rücktritt des Staatssekretärs des Reichsjustizamts Frh. v. Stengel zur Talsache geworden ist. Eine amtliche Bekanntmachung des Wechsels im Reichsjustizamt dürfte in kurzer Zeit erfolgen.

Eine verständige Verfügung. Das bayerische Ministerium des Innern hat eine Bekanntmachung über die Entlassung von Strafgefangenen herausgegeben, die den Entlassenen ein möglichst gutes Fortkommen sichern soll. Die Bekanntmachung weist darauf hin, daß der Hurd nur erreicht werden könne, wenn von dem Ausmaßungsrecht kein ungemessener Gebrauch gemacht werde. Das oberste Ziel müsse stets sein, den Entlassenen in ein geordnetes Arbeitsverhältnis zu bringen.

Sozialdemokratische Geschworene in Offen. Für die am 10. Februar beginnende Schwurgerichtsperiode ist u. a. der Genosse Hub als Geschworener geladen.

Die Stadtverordneten von Elberfeld nahmen den sozialdemokratischen Antrag auf Herabsetzung des Wahlzensus von 900 auf 600 Mk. an, lehnten dagegen die Einteilung der Stadt in Wahlbezirke ab.

General Keim läßt durch die „Verl. Börsenzeitung“ folgende Beweisaufklärung seiner Person vom Stavel:

„In einzelnen Blättern wird der Vermutung Raum gegeben, General Keim werde vielleicht auf der Jahreshauptversammlung des Flottenvereins in Danzig wieder gewählt werden, und dann sei alles wieder wie zuvor. Als authentisch können wir dem gegenüber mitteilen, daß General Keim mit dieser Flottenvereinsperiode seines Lebens endgültig abgeschlossen hat und nicht daran denkt, eine Wiederwahl anzunehmen. Ein Mann wie Keim kann aber selbstverständlich nicht untätig dastehen, und so ist seine neuerliche Arbeit dem Gedanken einer Einbürgerung aller nationalen Verbände Deutschlands.“

Wenn er die „nationalen Verbände Deutschlands“ in derselben Weise „judicirt“ (aufgenommen, vereint) als den Flottenverein, dann wünschen wir ihm viel Vergnügen.

Johannes Fusanget, der ehemalige Zentrumsabgeordnete, ist ein tüchtiger Mann: er denkt nicht so ohne weiteres den Platz zu räumen, von dem ihn die leitenden Zentrumskreise und seine lieben Kollegen von der ultramontanen Diktatur so gern verdrängen möchten. In Höhe bei Haan, wo ihm neuerlich von tapferen Zentrumsbrüdern eine Versammlung abgebrochen wurde, haben seine Anhänger einen neuen katholischen Verein gegründet, der sich „Pius-Verein, katholischer Bürger- und Arbeiterverein“, nennt und die Förderung des kulturellen Lebens und Wirkens auf allen Gebieten, insbesondere auch auf politischem und sozialpolitischem Boden im Sinne des Zentrums (1) zum Zweck hat. In der Fusanget'schen „Westdeutschen Volkszeitung“ heißt es dazu: „Der alte Fusanget, der auf den Wunsch der Vertreter des Vereins erschienen war, um die Sache in die richtige Bahn zu leiten, teilte mit, daß auch an anderen Orten Piusvereine mit dem gleichen Programm in der Gründung begriffen seien. Er erörterte auch die Möglichkeit, diese Vereine zu einem Verbande zu vereinen.“ — Wenn der Kampf der zwei Zentrumsrichtungen in Haan so fortgesetzt wird, wie er kürzlich mit der Sprengung der Fusanget'schen Versammlung eingeleitet hat, dann wird man aus der Geschichte dieses ultramontanen Bruderkampfes noch recht angenehme Dinge hören.

Zusland.

Aus Portugal liegen auch heute wieder nur wenige Nachrichten vor, von denen diejenige über die überfüllte Flucht des einst so starken Franco am vielfachsten ist, denn der Herr kann garnicht weit genug von seinem ehemaligen Machtbereich hinwegkommen. Das Blatt „El Mundo“ berichtet, der frühere Ministerpräsident Franco sei nach der Schweiz abgereist. Er werde sich nur solange in Madrid aufhalten, als es nötig sei, um den Ministerpräsidenten zu besuchen. Franco habe gestern an verschiedene französische und englische Banken Geld überwiesen. Seine Familie werde ihn nach der Schweiz begleiten.

Der Lissaboner Korrespondent des Blattes „El Mundo“ berichtet, es sei erwiesen, daß in Oporto revolutionäre Gruppen die Polizei und Munitionslager angegriffen haben und daß es ihnen auch gelungen sei, die republikanische Flagge für einige Augenblicke auf dem Rathaus zu hissen.

Es soll jetzt feststehen, daß die Lissaboner Täter vier an der Zahl waren. Ein jeder hatte eine Person zu töten, so daß es einem Wunder zu danken ist, daß die Königin und Prinz Manuel mit dem Leben davonkamen. Der vierte Mann ist bis jetzt nicht gefunden. Die Stadt liegt wieder ruhig da. Die Republikaner setzen ihre Kampagne in der Presse fort und haben eine Liste ihrer nächsten Forderungen aufgestellt.

Die Randgebungen der öffentlichen nationalen Trauer sind gering. Die Einwohner geben ihrer gewöhnlichen Beschäftigung nach. Die Privathäuser sind ohne Trauerschmuck. Die Soldaten und Offiziere tragen keinen Trauerschmuck. Auch merkt man nicht, daß Vorbereitungen zur Trauerfeier getroffen worden.

Senator Steward protestierte im australischen Bundesparlament gegen die telegraphische Rundgebung der australischen Bundesregierung

anlässlich der Disbation der Morde. Die Sympathie des Ministeriums mit dem königlichen Angehörigen sei unberechtigt. Er wünscht nicht dessen eine Kundgebung für das portugiesische Volk. Der Senatpräsident schneidet weitere Debatten ab.

Die verhafteten Abgeordneten der republikanischen Partei, Almeida Santos und Costa, sind aus der Haft entlassen worden.

Réaia Karl von Portugal ist übrigens vorläufig gefangen und hatte sein Leben bei drei Gesellschaften versichert, und zwar bei der einen für 5000, bei einer anderen für 1,500,000 und bei einer dritten für 250,000 Pfund Sterling.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Anklagekammer des Mailänder Tribunals sprach 22 Karabinier und Polizisten frei, die am 11. Oktober auf eine sie bedrängende Volksmenge geschossen und dadurch den Generalfreie veranlaßt hatten, weil sie aus Notwehr gehandelt hätten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. Februar.

Der Bericht über den Gemeindefinanzhaushalt und die Beratung des neuen Etats

Füllte fast die ganze gestrige Sitzung der Stadtverordneten aus, nachdem die Interpellation Brinke über die Polizei-Kontrolle der Gastwirtschaften, über welche wir an anderer Stelle berichten, ihre Erledigung gefunden hatte. Als erster Redner hierzu nahm das Wort Herr

Kämmerer Matthes:

Von dem Stande der Gemeindefinanzverhältnisse kann ich Ihnen kein erfreuliches Bild entwerfen. Die Höhe des Aufwandes brachte zur Einschränkung der Produktion auf das Notwendigste, worunter das Wasserwerke am schwersten zu leiden hatte. Dazu die Steigerung der Lebensmittelpreise und der Unternehmungs-Behände an ihren Preisabmachungen. Alles das hat unseren Etat beeinträchtigt, die Einnahmen wie die Ausgaben. Bei der Armen- und Krankenpflege stellte sich eine höhere Inanspruchnahme der Krankenhäuser und Irrenhäuser heraus. Im Allerheiligen-Hospital waren im Sommer täglich durchschnittlich 100 Betten mehr belegt, im Winterhalbjahr sogar 200. Es war notwendig, die Kranken selbst in nichtschädlichen Anstalten unterzubringen. Für die Krankenhäuser fällt die Steigerung der Lebensmittelpreise sehr erheblich ins Gewicht. In der Milchschule, die seit einem Jahre besteht, sind 52,000 Portionen zur Ausgabe gekommen, davon 43,000 zum Preise von je 12 Pfg., während der Selbstkostenpreis 40 Pfg. beträgt. Demnach soll eine zweite Milchschule eingerichtet werden und zwar in der Obervorstadt.

Das höhere Schulwesen zeigt keine erhebliche Ausdehnung, zum Teil sogar einen Rückgang, wie bei der Kaufmännischen Fortbildungsschule und der Handwerkerlehre. Bei dem Kapitel der direkten Steuern zeigt sich infolge der Ausnahmestellung der Arbeitgeber eine starke Zunahme der Steuerpflichtigen und ein Mehrertrag von 70,000 Mk., ferner aber auch eine bedeutende Steigerung der Besuche um Steuerermäßigung, die wiederum eine Vermehrung des Beamtenpersonals zur Folge hatte. Das Sängerkorps vom vorigen Jahre, das die Stadt bereits 75,000 Mark kostete, kann vielleicht noch einige Tausende beanspruchen.

Bei den Betriebs-Verwaltungen zeigt sich ein hartes Anwachsen der Selbstkosten infolge höherer Ausgaben für Kohlen, Löhne und Schuldenentlastung. Der Wasserfrage ist die größte Aufmerksamkeit zugewendet worden; eine ausführliche Darstellung wird der Versammlung in der nächsten Zeit darüber zugehen, was im letzten Jahre zur Beseitigung der Kalamität geschehen ist. Der städtische Hafen bietet das Bild einer guten Entwicklung; er erfordert jetzt weniger Zuschuß. Auch der Schlacht- und Viehhof hat die schwierigen Jahre überstanden. Die Vermögenssteuer bringt uns eine Mehreinnahme von 10,000 Mark, dagegen gehen die Erträge der Brauereistener zurück. Das Schmerzenskind der indirekten Besteuerung ist die Umsatzsteuer und die Verbrauchssteuer, die fast gar nichts gebracht hat; sie ist gegenüber dem Vorausschlage um 420,000 Mark zurückgeblieben. Die Mindereinnahmen aus indirekten Steuern betragen zusammen 250,000 Mark. Besser steht es um die direkten Steuern, deren Einziehung zum ersten Male durch besondere Maßnahmen erfolgte. In den Anfangsmonaten zeigten sich hier Uebelstände und es kamen Beschwerden, die der Berechnung nicht entbehrten. Sie sind aber zu entschuldigen, da die Beamten noch nicht eingearbeitet waren. In der Hauptfrage sind die Beschwerden darauf zurückzuführen, daß das Veranlagungsmaterial verspätet eintraf, zum Teil erst im Juli. Abhilfe soll in der Nikolai-Vorstadt dadurch geschaffen werden, daß zur Entlastung der Steuerzahler in der Friedrich-Karlstraße eine neue Zahlstelle eingerichtet wird. Die städtischen Schulden belaufen sich auf 88 Millionen Mark, das Vermögen stellt sich auf 169 Millionen Mark. Der Mehrbedarf des Etats beträgt 1 1/2 Millionen Mark; verursacht ist er durch die Aufwendungen für das Bildungswesen, für Gesundheit und Sicherheit, die allgemeine Verwaltung und den Etat der Befoldungen. Auch provinzielle und politische Zwecke tragen zu den erhöhten Ausgaben viel bei. Und bei der Zusammenfassung des preussischen Landtages ist nicht zu erwarten, daß es den Vertretern der Städte gelingen wird, Erleichterungen zu erreichen. Es ist bedauerlich, daß 100 Jahre nach der Stein-Gardenberg'schen Gesetzgebung die Städte so entrecht und den Staatsbehörden ganz und gar ausgeliefert sind. (Hört, hört!) Von den städtischen Straßenbahnen haben wir an Einnahmen etwas mehr zu erwarten. Wenn wir trotz alledem die Gemeindefinanz nur um 10 Prozent erhöhen, so kommt dies daher, daß wir die Einheitsätze verhältnismäßig hoch bemessen haben. Wir hätten die Steuern um 20 Prozent erhöhen müssen, wenn wir nicht noch die Schatzkammer hätten, die uns mehr als 2 Millionen Mark einbringt. In den 10 Jahren von 1898 bis 1908 ist der Etat um 80 Prozent gewachsen, die Steuerkraft um 65 Prozent. Das ist ein Anwachsen besonders der Industrie und des Handels in unserer Stadt erkennen und die Kaufleute aufkommen, daß Handel und Industrie auch der noch vorhandenen Schutzergötzen Herr werden.

Der Vorsitzende, Justizrat Beutler, dankt darauf dem Magistrat und seinen Beamten für ihre aufopfernde Tätigkeit. Das Wort nimmt nunmehr zum Etat für 1908 als Referent

Stadtv. Dettinger:

Daß wir unalltägliche Erfolge aus der Verwaltung zu erwarten hatten, war ein offenes Geheimnis. Der Magistrat spricht auch selbst von Sparsamkeit. Wenn wir aber weit über eine Million mehr Ausgabe sehen, wird es uns schwer, an Sparsamkeit zu glauben. Es geht den Kommunen, wie den Privatleuten; wenn sie erst einmal ihre Ausgaben überspannt haben, wird es schwer, zurückzugehen. Wenn wir sehen, daß große Mittel zur Fortführung und Neugründung großer Einrichtungen eingesetzt werden, daß in allen Verwaltungen, wo Arbeiter Beschäftigung finden, Lohn erhöhungen vorgenommen wurden und die Zahl der Beamten sich erhöhte, so muß man am Willen zur Sparsamkeit inne werden. Es bleibt dann im ganzen ein Plus von 1,800,000 Mk. Gewiß haben wir auch eine Einnahmehöherung von 800,000 Mk.; sie bleibt uns aber nicht. Wir sehen sie verflüchtigt durch den Ausfall bei der Verbrauchsteuer,

so daß an Mehreinnahmen nur 880,000 Mk. in Betracht kommen. Bleiben wir diese von den Ausgaben ab, so bleibt immer noch eine höhere Ausgabe von rund 1 1/2 Millionen Mark. Die Steuerkraft ist höher eingeschätzt, aber das reicht nicht aus. Der Magistrat schlägt 10% Erhöhung der direkten Steuern vor. Im Jahre 1904 haben uns schon höhere direkte Steuern gebrüht. Wir haben im vorigen Jahre die Verbrauchsteuer eingeleitet und die Forterhebung der Schlachtsteuer verlangt. Alles aber hat nichts genützt. Eine Steuererhöhung verliert von ihrer Schärfe, wenn man sagen kann, daß sie nur einmal nötig ist. Das ist aber nicht zu erwarten. Die Geschäfte gehen schlecht, eine Verminderung der Ueberschüsse ist eingetreten. Es war bis jetzt Grundsat, die Etats so aufzustellen, daß sie Ueberschüsse ergäben, so daß wir außerordentliche Ausgaben leicht decken konnten; wir hätten Ueberschüsse, die für spätere Jahre Rücklagen ergäben. Beim Etat für 1908 scheint diese Rücksicht nicht im gleichen Maße gewaltet zu haben. Die Einnahmen sind nicht hoch, sie könnten reichen; aber kaum können wir annehmen, über diese Einnahmen noch Ueberschüsse zu erzielen.

Wenn wir die einzelnen Etats einer Besprechung unterziehen, so sollen wir hauptsächlich die neuen Einrichtungen ins Auge fassen. Die Armenärzte sollen eine Erhöhung ihrer Bezüge erhalten, eine zweite Milchschule ist geplant. Aber wir haben noch nicht gehört, daß diese Klische ihren Zweck, die Verabreichung der Sterblichkeitsziffer der Säuglinge, erreicht hat. Es kommt nicht allein auf die vielen verabschiedeten Portionen an. Die Ansichten über die Milchschulen sind selbst auf dem Kongress der Naturforscher nicht mehr dieselben gewesen, wie noch vor wenigen Jahren. Professor Czerny sagte, daß die Milchschulen gegen die Sterblichkeit nichts vermögen. Ehe wir hier zu weiteren größeren Ausgaben übergehen, müssen wir doch erst eine Umfrage halten. Die Krankenhäuser erfordern höhere Zuschüsse.

Eine besondere Fürsorge dürfte den Mittelschulen zugewendet werden. In den Volksschulen verdient der Hausunterricht besondere Aufmerksamkeit, auch der Schwimmunterricht soll größere Ausdehnung erfahren. Die Zahl der Mietklassen hat sich durch zwei neue Schulhäuser um 42 vermindert. Auffällig ist der Rückgang bei der Handwerkerlehre um 25 Prozent; hier auch wollen wir vorsichtig sein und dürfen nicht hinausgehen über das, was unbedingt nötig ist. Innerhalb 6 Jahren beanspruchte diese Schule einen Zuschuß von 336,000 Mk. Das ist eine gewaltige Aufwendung; ob die Erfolge der Handwerkerschule einen entsprechenden Fortschritt bedeuten, möchte ich von einem Sachverständigen hören. (Ein Herr rufte: Ich glaube nicht.)

Die Gruppe Gesundheits- und Sicherheitswesen verlangt auch erhebliche Zuschüsse; nur der Etat der Straßenbeleuchtung zeigt tatsächlich Ersparnisse. Hier soll Halt gemacht werden mit dem elektrischen Licht, neben ihm blaut man eine reine Penale für Prekos; die Einrichtungslosigkeiten 32,000 Mk. betragen. Wir können diesem Plane wie allen Anschlägen der Gaswerke aber etwas Widerstand entgegenbringen. Bleiben wir doch beim elektrischen Licht. Der Bauverwaltung merkt man keine schlechten Zeiten an. Die Promenadeverwaltung steht mit ihren Ausgaben oben an; es kommen 90,000 Mk. mehr in Frage, hauptsächlich für Hofbauarbeiten. Im Jahre 1905 sind diese Beamten im Gehalt verbessert worden; ob jetzt schon wieder Zulagen eintreten sollen, muß erst geprüft werden. Im Etat der Friedhöfe ist neben den vier vorhandenen ein fünfter vorgesehen, für das Begräbnis ziemlich ungenau ist. Im Etat des Grundbesitzums finden sich 10,000 Mk. Einnahmen für zwei Wägen auf dem Ring und Neumarkt; aber diese Wägen werden wieder vermiert, so daß sich die Altersrenten beruhigen können. Bei der Bier- und Branntweinsteuer hat unsere Steuerklasse einen offensichtlichen Schaden, weil wir mehr anzahlen als einnehmen. Die Untersuchung dieser Verhältnisse ist dringend wünschenswert. Der Beamtenbesoldungs-Etat zeigt eine mäßige Erhöhung für die Kamalisten, an übrigen jedoch eine erschreckend starke Vermehrung der sonstigen Beamten, ungefähr eine Kompanie in Friedensstärke. Wir können uns des Gedankens nicht erwehren, daß diese Vermehrung einen Mangel in der Organisation bedeutet. In einer Zeit, in der wir alle so sparen sollen, so viel Beamte mehr anstellen, das ist sehr bedenklich für uns. Es müßte zum mindesten eine genaue Begründung gegeben und getätigt werden in klarer Weise, in welcher Verwaltung die Beamten fehlen und wo sie erhöht werden können. Zu beklagen ist auch, daß die Polizeikosten noch höhere werden und daß der Stadt, wie schon der Kämmerer ausführte, jeder Nechsweg abgeschnitten ist. Was der Herr Kämmerer über die Aussichten auf Abwälzung dieser Lasten bei der heutigen Zusammensetzung des Landtags gesagt hat, kann ich nur unterschreiben.

Die Betriebswerke bilden in unserem Etat ein besonderes Kapitel, aber kein erfreuliches mehr. Wenn sich die Einnahmen erhöhen, so steigen fast ebenso die Ausgaben, so daß nichts verbleibt. Es bleibt auch bei der Straßenbahn beim selben Zuschuß. Wenn nicht der Schlachthof mit 30,000 Mark helfen würde, so hätten wir kein Plus, sondern ein Minus. Bei den Betriebswerken haben wir eine vollständige Stagnation. Die Betriebswerke, aus denen früher stets steigende Einnahmen zu erzielen waren, verlangen jetzt vollkommen. Wir werden hauptsächlich genötigt sein, die Wasserpreise zu erhöhen. Die Gaspreise zu steigern, wäre dagegen durchaus verfehlt. Es gibt ein anderes Mittel. Wir haben 100,000 Wohnungen in Breslau, die nicht zu 10 Prozent Gasbeleuchtung haben. Hier sollten wir versuchen, neues Feld zu gewinnen; die doppelte Zahl von Gaskonsumenten zu machen, das ist die Hauptsache. Mit einer Preiserhöhung können wir nicht weiter. Ich würde es nicht für richtig halten, lange mit der Gaspreiserhöhung zu warten. Der Oberbürgermeister sagte kürzlich, daß der Magistrat keine Schuld trage, wenn der Etat so hoch sei; das liegt an den einzelnen Verwaltungen. Herr Bender meinte, man solle nur Streckungen vornehmen. Aber nach den Erfahrungen früherer Jahre können wir nur annehmen, daß jeder Herr vom Magistrat sein Teil mit dem Wute und der Kraft einer Ebnen verteidigt, die ihre Jungen schlägt. Wir als Stadtverordnetenversammlung wollen aber doch zeigen, daß wir unter Sparsamkeit etwas anderes verstehen und nicht zu Steuererhöhungen zu kommen haben. Die einer Großstadt nicht angemessen sind. Ich empfehle Ihnen, den Etat mit allen seinen Anlagen zur Ausschuhberatung. (Lebhafte Beifall.)

Der zweite Vorsitzende, Justizrat Beutler, dankt dem Referenten in seiner chevaleresken Weise für die musterhafte Einführung in den Etat, die heute durch Herrn Dettinger zum zehnten Male erfolge, worauf die Ueberweisung an den Ausschuss beschlossen wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende, Dr. Freund, den verstorbenen früheren Mitgliedern des Kollegiums, Stadtrat Kopsch und Stadtverordneten Buchhändler Goerlich Nachrufe, in welchen er die Verdienste der beiden Verstorbenen um die Kommune ehrend gedachte.

Dem Stadtrat Gebor Pringsheim wurde der Titel „Stadtkämmerer“ verliehen.

Die Vorlage, betreffend Abänderung des § 15 der Satzung der städtischen Sparkasse, welche den Sparern mit gewählten Büchern einen um 1/2 Prozent höheren Zinsfuß zu gewähren soll, wird dem Ausschuss II überwiesen.

Die Altersparafasse, welche bisher nur Arbeitnehmern zur Verfügung stand, soll nach einer Vorlage des Magistrats nunmehr allen Personen, sofern sie unter 2100 Mark Einkommen haben und keine öffentliche Beamte sind, zugänglich sein. Auch diese Vorlage ging an den Ausschuss II.

Wiesenerleger. Sonntag, den 9. Februar, Vormittags 10 Uhr findet im Zimmer 8 des Gymnasialhauses die Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht Vorstandswahl und Bericht.

Bauausflüger. Dienstag, den 11. Februar, Abends 8 Uhr, findet im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses eine äußerst wichtige Mitgliederversammlung statt.

Polgarbeiter-Verband. Sonntag, den 8. b. M. bleibt die Bibliothek geschlossen. Die Bibliothekare.

Abblücker Sturz von der Treppe. Der 89 Jahre alte Arbeiter Albert Hiebig wollte am 5. d. M., Nachmittags, seine in einem Haus auf der Neue Weltstraße im 4. Stock wohnende Mutter besuchen, kam auf der Treppe zu Fall und stürzte ab. Schwerer verletzt wurde er in die Wohnung getragen und ein Arzt gerufen. Am nächsten Tage ist der Mann verstorben. Die Leiche wurde der Anatomie zugeführt.

Der diebische Schlafsoffe. In Haft genommen wurde ein Haushälter, der einem Schlafsoffen 30 Mk. gestohlen hatte. Ferner wurde ein Arbeiter verhaftet, der auf der Albrechtstraße ein Fahrrad gestohlen und schenkwoll für 15 Mk. verkauft hatte.

Diebstahl. Aus einem Neubau auf der Hofstraße wurde ein Rad Marke Westphalen Nr. 12315, mit schwarzem Rahmen nebst weißen Bronzefelgen, schwarzen Felgen mit gelben Streifen, Dellaterne und Handbrems, gestohlen. Einem Kaufmann von der Freiburgerstraße wurden aus dem Keller zwei Flaschen Rotwein und zwei Flaschen Sekt gestohlen. Einem Kaufmann wurde ein Paket weißer gestreifter Futterstoff gestohlen. Einem Kollmischer wurde ein Kollo grau-olivengestrichler Anzugstoff von hohem Wert gestohlen. Vor Anlauf wird gewarnt. Angaben über den Verbleib dieser gestohlenen Sachen sind im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums zu machen.

Gefunden wurden: ein goldener Ring, ein Bombador, ein goldenes Vincennes und ein Spazierstock.

Abhanden kamen: ein Medaillon mit zwei Photographien; ein Korallenhaarpeil und ein Portemonnaie mit 29 Mk.

Neueste Nachrichten.

Infolge schwerer Stürme

sind die Drahtverbindungen nach Berlin, Leipzig, Chemnitz, Halle unterbrochen und die meisten Depeschen insolgebeffen ausgeblieben.

80 Bergarbeiter frostlos!

Diezsch, 7. Februar. Auf der Fliegende in Reulabütte, Bezirk Diezsch, ist der ganze Bau über Tage abgebrannt. 80 Bergarbeiter sind frostlos geworden.

Die Pöden.

In Rationis sind drei Kinder des Werksarbeiters Blawa an schwarzen Pöden erkrankt.

Neue Marokko-Sorgen.

Paris, 6. Februar. (B. L.) Die Lage in Marokko scheint ernst zu sein, als die Offiziere gegeben wöden. Der „Matin“ meldet, daß Befehl gegeben worden ist, die Mobilisierung des in Frankreich garnisonierenden Armeekorps der Kolonialtruppen vorzubereiten. Dieses besteht aus drei Divisionen, von denen sich die erste in Paris, die zweite in London, die dritte in Brak befindet.

München, 7. Februar. Professor Wargburger ist nunmehr entkommuniziert worden.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Freitag, den 7. Februar.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Grt.		Wetter
	Temp.	Wind	Ndch.	Max.	Min.	
Bresl. Stern	0,2	W 8	3,65	8	-1	bewölkt
Rosenthal-Dr.	0	W 6	3,8	8	0	bewölkt
Deubler OS.	0	W 1	1	0	-5	halbbewölkt
Dauelschwerdt	1	W 5	1	1	0	bewölkt
Billerat	-1	W 7	1	3	-8	bewölkt
Gürtlich	0	W 6	2	2	0	bewölkt
Hühnerberg	-1	W 7	3	2	-1	bewölkt
Ditrowo	-1	W 8	2	2	-4	halbbewölkt

Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle.

IV. Schlosserfrau Josefa Pasler, geborene Wondrej 64 J. — Otto, S. des Eisenbrechers Gustav Deier, 6 J. — Richter Paul Kreitzschmar, 45 J. — Garkav, S. des Kontorbiener Wilhelm Kusche, 3 J. — Bureaudienner Karl Dittner, 77 J. — Gertrud, T. des Haushälters Franz Raffner, 3 J. — Berw. Kaufmann Bertha Jenke, geb. Flohr, 77 J. — Berw. Kaufmann Bertha Heiberger, geborene Duffa, 65 J. — Berw. Schneibermeister Rosina Waffer, geborene Vogl, 88 J. — Lucile, T. des Hutmachers Anton Horat, 2 M. — Amtsgerichtssekretär Rudolf Raffner, 56 J. — Gerichtsklerker a. D. Paul Sperlich, 68 J. — Erna, T. des Wurfabrikanten Max Kiehn, 7 M. — Arbeiter August Schürmer, 48 J. — Haushälter Johann May, 48 J. — Walter, S. des Fleischers Otto Bogtmann, 4 M. — Erich, S. des Metallformers Fern. Vogel, 4 M. — Buchhalter Hermann Reinert, 35 J. — Raffner Louis Hall, 52 J. — Arbeiter Wilhelm Altmann, 64 J. — Berw. Telegraphenbote Marie Schlicher, geborene Tietz, 71 J. — Marie, T. des Aufsehers Wilhelm Gader, 5 M. — Berw. Mühlenseliger Friedrich Welschowsky, 68 J. — Berw. Schlosser August Malsch, geb. Hahn, 70 J.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags. Alter Abonnent. Die Waren auf Sparcoupons werden auch noch auswärts versandt. Sie sind nicht berechtigt, die 4 Mark von der Miete abzugeben, da Sie einwilligten, die Reparatur der Wohnung auf Ihre eigenen Kosten herzustellen. Breslau 8. Wir empfehlen Ihnen, die Feuerversicherung weiter zu bezahlen. Sie können von der Gesellschaft verlagert werden. W. W. Die Wohnung kann in der angegebenen Weise gekündigt und gekündigt werden.

Yerrens-Kalender.

Maria-Höfchen, Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen Sonntag, den 9. Februar, Nachmittags 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung der Hilfsgesellschaft Reulich und Umgebung in Müllers Stablfement.

Wrieg. Zimmerer-Verband. Sonnabend, den 8. Februar, Abends 6 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Seebadhotel. Mitglieder sind mitzubringen.

Verantwortlicher Redakteur: Eduard Adorf. — Redaktion mit Expedition: Neue Hauptstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schöde. — Druck von Th. Schöde & Co. in Breslau. — Preis 1 Blatt.

Stadt-Theater.

Freitag Anfang 8 Uhr:
„Salome“.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
„Gans Delling“.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Athenröbel“.
Abend 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Eva von der Osten:
„Margarete“.

Lobe-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr:
„Die Habensknechtin“.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
„Ein Walzertraum“.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Frühlingstrost“.
Abend 7 1/2 Uhr:
„Ein Walzertraum“.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.

Sonntag:
Gruppe H. S. Vorstellung:
„Charles Faute“.

Thalia-Theater

Sonntag, abend 7 1/2 Uhr:
„Quarenkicker“.
Billetverkauf Sonntag von 10-2 Uhr
im Thalia-Theater.

Schauspielhaus

Freitag 8 Uhr:
„Der Operaball“.
Sonntag nachmittag 3 Uhr
Nette Preise:
„Anna Arsenina“.
Abend 8 Uhr:
„Der Operaball“.

Lieblich Etablissement.

Ab 1. Februar:
Vollständig neues
Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater

(Simonsdorfer Garten).
La Béral
und das herzerregende
Februar-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Drei an Wochentagen gültig.

Deutscher Kaiser

Friedrich-Wilhelmstr. 35.
Dir. H. Krsinski.
Heute Freitag:
das großartige
Weltstadt-Programm
11 Nummern.
Vorgeschichte gültig.
Morgen Samstag:
keine Vorstellung.

Zur Aufklärung!

Dr. Schönders' Enten-Diätel dient nicht
wie dieses in ähnlicher angeordnet wird,
als Zusatz, oder Beifügung für sonstige
Essen, sondern zur unmittelbaren Verheilung
bestehen ohne irgend welche weitere Zusatz.



Geschmacklos, kräftig, kehrbar zu haben.
General-Depot Alfred Henische,
Tel. 7003, Breslau 1, Leffingstr. 7.

Reißes, weiches
Pflanzenfett
mit Sättigungsgrad
zum Schmieren, Baden,
Waschen, das
Pfund nur 60 Pfg.
J. May sen.
Bismarckstr. 7. [618]

Schulden

Die mein Sohn Bruno Gähmann macht,
bezugslos ist nicht. Alois Gähmann, 30
Gefucht sofort 485
an jedem Ort Leute, welche Betrieb hoch-
eleg. Konstrukt. Reubellen nebenbei über-
hoch. Verdienst. Kost. tollent. an Oberm.
Herm. Wolf, Juidau Ca., Nordstr. 80.

Mehrere junge Burden
welche Lust haben Stadtmacher zu werden,
zu Ostern geüht. Lohn pro Woche 10 Mark.
August Müller, Stadtmacher
in Wiefau, Kr. Sagan. 608

Hirschstraße 81
Wohnungen i. 14-17 Stk., 2 Bäder
u. Wohn. billig zu vermieten. [620]

Pfänder-Auktion Montag, d.
10. Februar,
Bischer, Pfänder-Verkauf
Jägerstraße Nr. 1. 467

Kalb-, Kind- u. Schweine-
fleisch 60 Pfg.
bekannt gute Leber, Pflanz- und
Weinwurst 70 Pfg.
Baroke 605
am Gaudauer Platz.

Empfehle mein Lager
sämtlicher Schuhwaren
wie Reparaturen werden billig ausge-
führt
Wiegott, Alsterstr. 91.

Arbeiter-
Garderobe
wie Blusen, Monteur-Jacken, Hosen,
Walkjacken und Strickwesten,
Berufsbekleidung für alle Branchen
billigst nur bei 5443

H. Silberstein
Friedrich-Wilhelmstrasse 16/18
Ecke Schwertstrasse.
Vorzeiger d. Annonce erh. 5% Rab.

Jede kluge 347
Mutter
gebraucht stets zur Erziehung, die aus dem
Elein-Verlauf Werner Schlegel,
Breslau 1, Nikolaistr. 21 geführt
P. K.-M. 4, 6, 8, 10, 12 Stk.
Verpackung ausgeschlossen.
Für Damen separat 1. Gg., Hausreinigung.
Auswärts direkt Nachnahme.
Zahlreiche Anerkennungen.

Ihren Bedarf in
Zigarren
Wein
Drogen
Farben
kaufen Sie nur bei 477

Franz Gröschel
Leuthenstraße 60.
Kurzgasse 48.
Friedr.-Wilhelmstr. 109.

Fleischverkauf!
Kleine Fleischbänke 7/8
Schweinefleisch . . . 60 u. 70 Pfg.
Bastfleisch . . . 55
Bastfleisch . . . 70
Rindfleisch . . . 80
Rindfleisch zum Kochen . . . 70
Kalbfleisch . . . 80
Rinderbraten . . . 80
Rindfleisch ohne Knochen 50
Schmalz . . . 50
Gallertfleisch . . .
Nur kleine Fleischbänke 7/8
617 **W. Melzer.**

Röst-Kaffee
Bd. von 60 u. 78 u. 98 u. bis 180 u.
echt. Arabica-Kaffee 2 Pfd. 11 u.
best. weiß. Java 2 Pfd. 19 -
Weizenmehl 60 - 17 -
Sand-Rudeln - 25 -
Ringapfel, neue - 55 -
Schweizer-Schmalz - 59 -
Erbsen, Sohren, Granze - 12 -
große Sinter - 22 -
amerik. Sinterbohnen - 15 -
best. türk. Pfeffermus - 23 -
feine Margarine - 59 -

Benno Neumann
Breslau, Friedrich-Wilhelmstr. 32.
Xil. I. Friedrich-Wilhelmstr. 84
- II. Goldene Redastraße 1
- III. Böhmerstraße 35
- IV. Berliner Chaussee 139.

Sozialdemokratisches
Liederbuch
von Max Kegel.
Preis 40 Pfg.

Parteilgenossen!

Empfehle [478]
Stamm- Seidel,
Vereins- Seidel
in grosser Auswahl.
Hermann Gritz, Alter-
7 Jahre bei Otto Witzsch
1. techn. Kraft tätig gewes.

Möbel, Spiegel.
Polsterwaren
in eigener Werkstatt von nur besten
Materialien gefertigt. 95

Fein Abgabungs-Geschäft
gewöhre aber gern Zahlungs-
weise enorm billia.
Wollgarantur . . . 100 Pfg.
Salontisch . . . 18
Trummen mit mob. Aufsatz . . . 60
Schrank . . . 60
Bettst. . . 45
Sessel mit Särntchen . . . 85
Divan in guatem Stoff . . . 88
Bettstelle mit Matratze . . . 38
Hohlröhrl mit hoher Lehne . . . 4
Cappisch, Läufer, Uhren,
Pianos, erstkl. Fabrikat
und sämt. and. Ausstattungsgegenstände nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

Bierquelle Gräben.

Sonntag, den 9. Februar 1908: Große Tanzmusik.
Anfang 4 Uhr. - Parterre-Saal. - Entree frei.
Es ladet freundlich ein [607] Richard Klemmer.

Gottesberg Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr,
findet im Saal des
Schützenvereins eine
Besammlung
des neu gegründeten Arbeiter-Gesangsvereins statt.
Wichtiges Mitglied des
Schützenstraße 39a. **Gustav Fischer** Komitee.

Bekanntmachung.

Vom 8. Februar ab werden Umsteige-Zahrscheinne
ausgegeben, welche bei dem bisherigen Fahrweise von
5 Pfg. Giltigkeit zum einmaligen Umsteigen
auf eine andere Linie, für den nächst an-
kommenden noch nicht besetzten Wagen haben.
Breslau, den 4. Februar 1908. [608]
Breslauer Omnibus-Gesellschaft.

Schuhwaren

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von
Schuhwaren
in
Herren-, Damen- und Kinderstiefeln
zu staunend billigen Preisen.
Martha Christmann,
36. Scheitnigerstr. 36.
Bitte genau auf Firma zu achten. 6936

A. Franz Nachf. H. Wiersing
Messergasse 1, am Neumarkt.
Größtes Theater- und Masken-
Garderoben-Verleih-Institut.
Große Auswahl in Casarillen, historischen und
Festungs-Kostümen. 6353
Neu-Aufertigungen prompt und billigst.
Tel. 7996. Theaterbühne leihweise zur Verfügung.

Zu billigsten Preisen

kauft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk, bei denkbar größter
Auswahl in 606
Konfirmations-, Kinder-, Strand- und Zeugschuhen, sowie Holz-
und andere Pantoffeln zu streng realen Preisen nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmachermstr.
Friedrich-Wilhelmstraße 52, geradeüber der Friedrich-Karlstr.

„In freien Stunden“.
Ankündigte Roman-Bibliothek, Seit 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

Geschäfts-Gröffnung.

Den Parteilgenossen hiermit die ergebene Mitteilung, daß wir
Sonnabend, den 8. Februar er.
am hiesigen Plage
Schmiedebrücke Nr. 53
unter der Firma
Gebr. Schirmer
Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft
eröffnet haben. Durch eigene Fabrikation sind wir in der Lage zu
außergewöhnlichen billigen Preisen
zu verkaufen.
Großes Lager in- und ausländischer Stoffe.
Anfertigung nach Maß unter Garantie für guten Sitz.
Eigene Werkstatt im Hause.
Hochachtungsvoll
Gebr. Schirmer, Schneider.

Volksvorstellung 1907/8

(Thalia-Theater).
X. Vorstellung.
Sonntag, den 9. Februar,
Nachmittag 3 1/2 Uhr:
Der Troubadour
Oper in 4 Akten von Verdi.
(3. Aufführung).
Vorhanden ist nur noch:
1. Rang 1,00 Mk.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.
Textbücher à 25 Pfg. sind in der Exped. d. Volkswacht
zu haben.

Aufsehend erregend billige Preise.

Massen-Ausverkauf.
Büchen, Julets, Gardinen,
Wachstuche, Gardende, Planelle, Hemden,
Schürzen, Blusen, Arbeiter-Konfektion,
Schuhwaren für Herren, Damen u. Kinder
Dittmar Hamburger,
Friedrich-Wilhelmstrasse 88. 857

Genossen

kaufen jetzt bis 25 % billiger bei mir
Schuhwaren,
während meines großen
Inventur-Ausverkauf.
Eugen Hamburger
Spezial-Abteilung für Schuhwaren
nur Bohrauer-Strasse Nr. 23, Ecke Nachodstraße
ein Haus weiter vom Hauptgeschäft.

Ross-Schlächtere

31 Gräbschenerstraße 31
empfeilt junges Fleisch, sowie sämtliche Waren
zu billigsten Preisen. 6961

Überraschende Neuheit

garantiert
unschädlich

kein Chlor
kein reiben

Persil

vollständig
ungefährlich

kein Waschbrett
kein bürsteln

Modernes Waschmittel
für jede Waschmethode passend
Henkel & Co. Düsseldorf.

Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern.

(Fortsetzung und Schluß.)

II. Wahlberechtigung und Wählbarkeit.

Die Vertreter der Arbeitgeber werden von den Vorständen derjenigen gewerblichen Berufsgenossenschaften bestellt, bei welchen die in der Arbeitskammer vertretenen versicherungspflichtigen Personen versichert sind.

Die Vertreter der Arbeitnehmer werden, und zwar je für die Hälfte der zu wählenden, in gesonderter Wahlhandlung gewählt von

1. den Mitgliedern der ständigen Arbeiterausschüsse (§ 134 h der Gewerbeordnung) derjenigen im Bezirk der Arbeitskammer belegenen gewerblichen Unternehmungen, die den in den Arbeitskammern vertretenen Gewerbebetrieben angehören. Wahlberechtigt sind nur die von den Arbeitnehmern aus ihrer Mitte gewählten Mitglieder der Ausschüsse. Umfaßt eine gewerbliche Unternehmung wesentliche Bestandteile verschiedener Gewerbebetriebe, so wird sie demjenigen Gewerbebetriebe zugerechnet, welchem der Hauptbetrieb angehört. Welche Arbeiterausschüsse hiernach an der Wahl beteiligt sind, wird für jede Arbeitskammer durch Verfügung der Aufsichtsbehörde bestimmt;

2. denjenigen Vertretern der Arbeitnehmer, welche gemäß § 114 des Gewerbeversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 zur Beratung und Beschlußfassung über Unfallversicherungsvorschläge und die Gewerbeversicherung zu erlassenden Vorschriften bestimmt sind; die Wahlberechtigung bestimmt sich nach den gemäß § 11 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 für die Wahlen der Arbeitgebervertreter getroffenen Bestimmungen.

Wählbar sind Deutsche, welche 1. das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben; 2. im Bezirk der Arbeitskammer tätig sind; 3. seit mindestens einem Jahre denjenigen Gewerbebetrieben oder Gewerbegruppen als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehören, für welche die Arbeitskammer oder die Abteilungen errichtet sind; 4. in dem der Wahl vorausgegangenen Jahre für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Unterstützung erlassen haben. Nicht wählbar ist, wer gemäß § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes zum Amte eines Schöffen unfähig ist.

III. Wahlverfahren und Dauer der Wahlperiode.

Die Wahlen erfolgen unter Leitung des Vorsitzenden der Arbeitskammer in getrennter Wahlhandlung. Sie werden mittels schriftlicher Abstimmung nach relativer Mehrheit der Stimmen vorgenommen; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die näheren Bestimmungen über die Wahl und das Verfahren werden durch den Bundesrat getroffen. Eine Regelung nach den Grundrissen der Verhältnisse derart, daß neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen entsprechend ihrer Zahl vertreten sind, ist zulässig.

Die Mitglieder der Arbeitskammer und die Erfahrmänner werden auf sechs Jahre gewählt.

Mitglieder, hinsichtlich deren Umstände eintreten oder eintreten werden, welche die Wählbarkeit ausschließen, haben aus der Arbeitskammer auszuschließen.

IV. Kostenaufwand.

Die aus der Errichtung und Tätigkeit der Arbeitskammern erwachsenden Kosten werden von den gemäß § 11 wahlberechtigten Wahlkörpern im Verhältnis der gemäß § 11 Abs. 2 festgesetzten Stimmenzahl getragen. Dem Vorsitzenden der Arbeitskammer und seinen Stellvertretern darf eine Vergütung von der Kammer nicht gewährt werden.

Die Arbeitskammer hat über den zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Kostenaufwand alljährlich einen Haushaltsplan aufzustellen. Der Haushaltsplan bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Vor der Genehmigung ist den gemäß § 17 zur Tragung der Kosten Verpflichteten Gelegenheit zu einer Äußerung zu geben.

V. Geschäftsführung.

§ 19 bis 22
behandeln die laufende Verwaltung und Geschäftsführung durch den Vorsitzenden.

§ 23.
Die Sitzungen der Arbeitskammern und der Abteilungen sind öffentlich. Ausgenommen von der öffentlichen Verhandlung sind diejenigen Gegenstände, welche vom Vorsitzenden als zur öffentlichen Beratung nicht geeignet bezeichnet werden. Gegen die Entscheidung des Vorsitzenden, wodurch ein Gegenstand von der öffentlichen Behandlung ausgeschlossen wird, steht den Mitgliedern der Kammer die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zu.

§ 24.
Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist die Zustimmung aller Mitglieder unter Mitteilung der Beratungsgegenstände und der Anwesenheit von mindestens der Hälfte der zur Zeit der Sitzung der Abteilung angehörnden Mitglieder erforderlich. Bei der Beschlußfassung müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl mitwirken. Sind auf der einen Seite weniger Vertreter erschienen als auf der anderen, so schließt auf dieser Seite die erforderliche Zahl von Mitgliedern mit dem an Lebensalter nach jüngsten beginnend aus.

Die näheren Bestimmungen über die Geschäftsführung werden von der Arbeitskammer in einer von der Aufsichtsbehörde zu genehmigenden Geschäftsordnung getroffen.

§ 25 und 27
betreffen die Beaufsichtigung.

§ 28.
Auf Betriebe, die unter Seeres- oder Marine-Verwaltung stehen, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung.

Auf die Arbeitgeber in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Bräuen und Gruben und die von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer finden die Bestimmungen der §§ 1 bis 27 mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1. Die im § 3 Ziffer 2 bezeichnete Obliegenheit erstreckt sich auch auf die Einhaltung von Vorschriften über den Erlaß von Vergütungsvorschlägen, die den Schutz des Lebens oder der Gesundheit der Arbeiter und die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes durch die Einrichtung des Betriebes bezwecken;

2. Inwieweit den Arbeitgebern ihre gesetzlichen Vertreter und die bevollmächtigten Leiter von Betrieben gleichstehen, wird durch Anordnung der Landeszentralbehörde bestimmt.

Deutscher Reichstag.

96. Sitzung: Donnerstag, 6. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kommissare.

Die zweite Lesung des Militäretats

Abg. Dr. Rothhoff (Fr. Bagg.) tritt für Verbesserung des Gehalts und der Stellung der Intendantursekretäre ein.

Beim Kapitel „Militärjustizverwaltung“ begründet

Abg. Gröber (Fr.) eine Resolution auf bessere Ausgestaltung der kriminalstatistischen Veröffentlichungen über Dees und Marine. Redner freut sich über die Abnahme der Soldatenmishandlungen, bedauert aber die Zunahme der Insubordinationsfälle, der Diebstahlsfälle und der Verbestrafungen. Immerhin können wir mit dem allgemeinen Ergebnis der Kriminalstatistik zufrieden sein. Einzelne Ausnahmefälle von besonderer Härte dürfen nicht verallgemeinert werden. (Weiß im Zentrum).

Abg. Stücklen (Soz.):

In das günstige Urteil des Abg. Gröber über die Militärgerichte können wir nicht einstimmen. Es sind in der letzten Zeit eine große Anzahl von Urteilen gefällt worden, die gegenüber Vorgesetzten die größte Milde, gegenüber den Soldaten die ungemessene Härte atmeten. Man kann also das Gesamtbild keineswegs als günstig bezeichnen. (Zust. l. d. Soz.) Mit der Zentrumsvorstellung sind wir durchaus einverstanden. Wir wünschen in der Statistik auch Angaben über die Schulbildung der Verurteilten und über die Gegenden, aus denen sie stammen. Ich glaube kaum, daß eine genaue Untersuchung die Behauptung unterstützen wird, daß das beste Rekrutementmaterial vom Lande kommt. Auch über die Dienstjahre, in welchen die Verurteilten passieren, müssen genaue Angaben gemacht werden, es wird sich dann wohl herausstellen,

daß manche Straftat aus Mangel über das zweite oder dritte Jahr begangen wird. (Sehr wahr! l. d. Soz.) Der sächsische Militärbevollmächtigte hat offen zugegeben, daß die Kriegsgerichte durch Terminverweigungen die Öffentlichkeit zu umgehen suchen. Außerdem wird regelmäßig, wie allseitig hervorgehoben wird, bei Prozessen gegen Vorgesetzte die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Vorgegeben wird immer

das Interesse der Disziplin.

Disziplin heißt es statt Disziplin das Ansehen der Vorgesetzten. Ich möchte wissen, was ein Vorgesetzter, der seine einen vorkommen untergebenen mißhandelt, noch an Nutzen zu verlieren hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der ihm eigenen Art und Weise forderte uns Herr v. Oldenburg auf, mit Material über die Soldatenmishandlungen herauszurücken. Wir haben reichliches Material. Es handelt sich nicht um ein paar Ausnahmefälle, sondern um hunderte von Fällen. Da kann man nicht mehr von Ausnahmen, sondern muß von einem System reden. (Zust. l. d. Soz.) Mehrfach gingen diese Mißhandlungen auch von Offizieren aus. Es sind ja auch ein paar Bestrafungen erfolgt. Ein Hauptmann, der seinen Leuten die Kneiworte: Lump, Vieh, Saufkerl, Deckel u. s. w. an den Kopf geworfen hatte, bekam 24 Tage Stubenarrest. Wahrscheinlich sind 20 Tage darauf zu rechnen, daß er an einen Vorgesetzten die aus Holz von Verlichungen bekannte freundliche Einladung gerichtet hatte. (Große Beifall.) Höchst bedenklich ist es auch, daß die Sanitäts-offiziere fortwährend die Partei der mißhandelnden Offiziere ergreifen. (Sehr wahr l. d. Soz.) Etwas schärfer wird ja von den Kriegsgerichten gegen die Unteroffiziere vorgegangen, aber auch die Strafen, die hier verhängt werden, stehen ganz außer Verhältnis zu den furchtbaren Ausschreitungen dieser Leute gegen die Untergebenen und

zu den drakonischen Strafen.

die verhängt werden, wenn einmal gepenigte Soldaten zur Selbsthilfe greifen. — Ich will hier einige Fälle anführen: Der Feldwebel Lange nötigte einen Soldaten, einen Postassistenten, Spichel aufzulecken. (Verwahrung u. Unruhe l. d. Soz.) Der Mann ist nicht degradiert worden. Ich glaube, daß dies hier nicht gebilligt werden wird, höchstens auf der äußersten Rechten (l. d. rechts). Ein Unteroffizier, der einen Soldaten zum Selbstmord getrieben hat, wurde nicht degradiert, kann also seine gesamte Tätigkeit fortsetzen. (Hört! hört! l. d. Soz.) Verletzung der Unteroffiziere herbeizuführen, ist deshalb so schwierig, weil, wie die 10 Zivilisten zur Ersütterung eines Schuhmannes nötig sind, 20 Soldaten dazu gehören um der Eid eines Unteroffiziers zu erschüttern. (Sehr wahr l. d. Soz.) Ein Unteroffizier aus dem 14. Wlanenregiment zwang die Soldaten mit dem Wunde die Strohhalm aus dem Düngerhaufen herauszugreifen. (Sturm. Hört! hört! l. d. Soz.) 10 Tage Mittelarrest wurden als genügende Sühne gegen den Unteroffizier Ullmann betrachtet, der einen schwerkranken Soldaten mit Säbel und Fauststieben traktierte. (Hört! hört! l. d. Soz.) Redner trägt noch eine Reihe Fälle vor und fährt fort: Hoffentlich genügen diese Fälle dem Herrn v. Oldenburg, sonst bin ich bereit, noch weitere vorzutragen. Nun ein paar Worte über

die Strafen gegen Gemeine.

Der Fälliger Frisch wurde, weil er seinen Feldwebel ins Gesicht geschlagen hatte, zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. (Sehr richtig! rechts.) Es ist charakteristisch, daß die Strafen gegen Unteroffiziere geschwiegen hat, aber grausame Strafen gegen Mannschaften ganz in der Ordnung findet. (Sehr gut! l. d. Soz.) Für einen Stoß vor die Brust eines Unteroffiziers erhielt der Gezeite Kübel 10 Jahre Gefängnis. (Stürmische Zustimmung l. d. Soz.) 7 Jahre Zuchthaus, 7 Jahre Gefängnis u. s. w. kehren in den Urteilen gegen Disziplinvergehen häufig wieder. Ich könnte noch eine Menge solcher Urteile vorlegen. (Unruhe rechts). Mag ja sein, daß Ihnen (nach rechts) dies unangenehm ist. Wenn einem militärischen Vorgesetzten in der Presse Vorwürfe gemacht werden, so wird die Anklage nicht gegen den Offizier, sondern gegen den betreffenden Journalisten erhoben. Das ist eben die Sitte in Deutschland. Wir bestreiten nochmals, daß wir die Disziplin an sich bestämpfen. Wollen Sie eine richtige Disziplin sehen, dann sehen Sie sich einmal die sozialdemokratische Partei an. (Sehr gut l. d. Soz., Lachen rechts, Rufe l. d. Natl.: Terrorismus.) Anerkennung unserer Prinzipien allerdings fordern wir von unseren Anhängern, während es freilich auch Parteien gibt, die keine Prinzipien haben: die Nationalliberalen zum Beispiel. (Sehr gut! l. d. Soz.) Der Soldat darf nicht das Gefühl der Rechtslosigkeit haben. Wir schwärmen gewiss nicht für unsere zivile Justiz; aber über unsere Militärstrafrechtspraxis ist sie immerhin noch hoch erhoben. Wir

Stadt-Theater.

„Die Meisterfinger von Nürnberg.“

Herr Dennerh bestellte am Donnerstag im allgemeinen das Urteil, das wir bisher über sie hatten. Ihre Eva war dastellend noch nicht vollendet, aber man darf überzeugt sein, daß aus dem Gasse etwas wird, wenn er ständig unserem Ensemble eingereicht wird (was ich aus neue nur bekräftigen kann) und wenn sich die in Betracht kommenden Faktoren um ihn kümmern. Gefamlich zeigte Fräulein Dennerh wieder recht umanteliche Mittel, die auch an Volumen für unsere Bühne ausreichen, wenn das Orchester nicht so unvernünftig und brutal ins Zeug geht, wie es gestern der Fall war. Das Orchester hatte überhaupt einen schlechten Tag; das Vorspiel bildete mit seiner unangenehmen Rhythmik und der unvorhersehbaren Schnelligkeit geradezu eine unserer Opernbühnen unwürdige Leistung! Wir müssen bringen unsere Forderung nach größerer Disziplin anrecht erhalten. Was an dem Spiel des Fräulein Dennerh auszusagen ist, wäre vor allem die zu große Lebendigkeit und — namentlich in der Kirchenzene — das zuviel an Gesten. — Herr Scherersfeld als Magdalena gab sich in jeder Beziehung große Mühe, ist aber bei dem gänzlichem Mangel an Komik für diese Rolle nicht recht geeignet. Wir möchten bei dieser Gelegenheit unsere Bitte wiederholen, nach der Überreife eine kleine Pause zu machen und den Nachzüglern zu ermöglichen, ihre Plätze einzunehmen. S. M.

Lobe-Theater.

„Der Biberpelz.“

Eine Diebstahlskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann. Man versteht es eigentlich gar nicht, daß die Berliner vor 15 Jahren dieses treffliche Stück unseres bedeutendsten Lebenden und landsmännlichen Naturalisten ablehnen konnten. Was fiel ihnen nur ein? Gaben sie die factische Verhöhnung unseres Bureaucratismus, die dort liegt, nicht verstanden? Oder bestand das damalige Premierpublikum zur Mehrzahl aus Interessenten, die sich durch die Ohrfeigen, die Hauptmann da und dort austeilte, getroffen fühlten? Da waren unsere Verbündeten in Wien bessere Beurteiler. Sie verstanden Hauptmann und die Satire auf preussisches Strebertum sofort und verhalten dem „Biberpelz“ zu einem glänzenden Erfolge. Freilich: Heute ist man auch bei uns soweit. Heute ist auch dem deutschen Theaterbesucher, sofern ihn nicht eine von oben vorgegebene Meinung daran hindert, der „Biberpelz“ eine immer gern genommene Ombre- und Augenweide, die sich für uns Sozialdemokraten bis zur erschöpfenden Herzjäckung ausweitet.

Und wie sollte man sich auch nicht freuen, wenn der Dichter uns in dem stets nach konfessionslosen Gedanken und Majestätsbeleidigungen schmüßelnden Amtsvorsteher Wehrhahn ein satirisch scharfes Bild aus der ersten besten Amisprobe zeichnen! Wenn er die Ordnungsmäßigkeiten mit Schellen bestehenden Spottes übergeht, wenn er als Kernpunkt des Stückes uns zielsicher vor Augen führt, wie „Sr. Majestät dem Geis“ eine Nase nach der anderen gedreht wird! Sämtliche Gestalten sind, selbst das Lobetheater-Publikum konnte es nicht leugnen, warm und lebenswahr charakterisiert. Ist doch gerade das die Hauptstärke Hauptmanns. Die in hohem Grade mikroscopisch feine und scharfe Beobachtung der Wirklichkeit, eine Gabe, die Hauptmann mit unendlichem Fleiß gepflegt hat, (siehe: „Kollege Crampion“, „Der Sonnenaufgang“, „Fuhmann Hentschel“, „Hannele“ — von den Weibern gar nicht zu reden!) und die ihn nach dem Urteil der Kenner bis an die Grenze geführt hat, wo das Geringe anfängt.

Der Inhalt, über den meisten unserer Leser bekannt, ist schon erzählt: Ein überpatriotisch-aufgeblasener Amtsvorsteher (Modelle dieser Art findet man heute noch in der Wirklichkeit, nicht im Panoptikum) her unaufrichtig Majestätsbeleidigungen aufführt, dabei aber, weil er zugleich ein arroganter Dummkopf ist, seine nachfolgenden Pflichten sträflich verbummelt. Im nächsten Augenblicke glaubt er mit den ungenügenden Leutnantsmännern „sein“ Reich regieren zu können. Das einzige Verbot für seine Amtsführung ist lediglich die „Karrere“, sein höchstes, abstoßendes Strebertum — ach, wie häufig verpöhlen wir's am eigenen Leibel — läßt ihn blind an seinen Pflichten vorübergehen. Seine völlige Unfähigkeit erweist sich, als er dem Diebe eines Biberpelzes nachzusehen soll. Statt die ihm gegebenen Spuren zu verfolgen, beschließt er sie immer, und schmüßelt statt dessen nach „verdächtigen Individuen“, nach demokratischen Gelehrten a la Dr. Fleischer (in dem sich übrigens Hauptmann, wie er vor 15 Jahren war, selbst porträtiert haben soll) und ähnlichen Gestalten herum, um nach „obers“ seine „Schneidigkeit“ zu beweisen. Im Vollgefühl seiner Unfähigkeit erklärt er am Schluß (gar mancher im Parkett wünschte ihn sich etwas weniger „anständig“) die Diebin, Frau Wolff und ihren Helfer für brave, ehrliche Leute, die die Schicklichkeit der Welt noch nicht kennen, erklärt aber zugleich den ehrenwerten, freigeistigen Privatgelehrten Dr. Fleischer für ein gemeingefährliches Subjekt.

Und wie köstlich sind die übrigen Figuren gezeichnet! Der untertänige Schreiber, der schlecht bezahlte Polizist, der den Diebesgesellen ohne sein Wissen für einen warmen Kocn auf ihren Spitzbubenfahrten mit der Laterne leuchtet; und dann die Diebesfamilie Wolff und ihre Kumpane selbst! Vor allem die Frau Wolff, die mit ihrem etwas gering entwickelten Be-

griff von fremdem Eigentum (sie besteht die Reichen, um die Schulden auf ihr kleines Grundstück abtragen und ihren Töchtern eine bessere Zukunft schaffen zu können) und ihren für ihren Mann betätigten Arbeitseifer eine der trefflichsten Gestalten aus Hauptmanns sämtlichen Werken bildet. Frau Wolff ist eine schonbribe Volkstypus, die aber das Herz auf dem rechten Fleck hat. Sie steht unaufrichtig, schimpft aber dabei dreist auf die „stehen Diebe“ und schaltet den Amtsvorsteher eifrigst zu seinen Nachforschungen an. Eine brave, lustige Frau, die fleißig und unerschütterlich ihr Hauswesen regiert und ihre Töchter erzieht. Im Stillen erkennt sie an und für sich ihre eigene Schande, aber hierzu ist es nach ihrer Meinung auch nicht zu rechnen, wenn man Leute, die gut etwas entbehren können, um die Last einer kühnen Holz oder eines kostbaren Biberpelzes erleichtert. Und sie verwickelt diese Theorie so geschickt und mit der Miene des ehupflichten Weibchens, daß der nur nach oben schielende Amtsvorsteher mit offenen Augen über sie hinwegfällt.

Gerade im „Biberpelz“ spiegeln sich noch mehr wie im „Kollege Crampion“ Hauptmanns Vorzüge hell wider. Hier wollte ihm ein glücklicher Stoff und da griff er zu und schaffte daraus ein Kunstwerk, das in der deutschen Literatur bauern wird, so sehr es auch den herrschenden Regeln spottet mag. Bis ins Feinste ist im „Biberpelz“ und in jeder Figur beschreiben (bis auf den Doktor Fleischer bisleichen) alles sorgfältig und künstlerisch veredelt wiedergegeben. Immer wieder stellt uns Hauptmanns Kunst, lebendige Menschen darzustellen, eine Kunst, die ihn auch selbst in seinen neueren, weniger wertvollen Stücken nicht verlassen hat. Welches seiner Dramen wir auch übernehmen, immer wieder zwingt uns diese Gabe, Menschen zu sehen und zu schildern. Wenn ihn (wie in „Pippa tanzt“ und „Jungfern vom Bismarck“) diese Kraft einmal im Stiche läßt, so erklärt sich das daraus, daß er aus anderen Zeiten und Welten konstruiert und sich mit Bewußtsein von seiner Zeit abgetrennt hat. Da fruchtelt er dann immer. Da aber, wo wie im „Biberpelz“ es sich um Menschen unserer Lage handelt, da hat Hauptmann eine fast unheimliche Klarheit. Das ist auch niemals Klein und immer, das ist das Wertvolle, echt. Esch sollte auch der „Biberpelz“ sein. Beweis: Nach dem Durchfall in Berlin forderte man von Hauptmann einen anderen, herkömmlichen, moralisierenden Schluß des Stückes. Der Dichter aber ließ die Leute schreien und untertrieb nun doppelt gerade diesen der Wirklichkeit entgegengelegten humoristisch-satirischen Zynismus. Das „Mundus vult deceri“ (die Welt will betrogen sein) gilt eben noch nicht in der Weise, wie die Sudermann und Genossen und glauben machen wollen.

In der Donnerstag-Aufführung kamen die Feinheiten und Töne des Stückes ziemlich in allen Teilen gut zur Geltung. Herr Senius gab die Rolle des Amtsvorstehers nach be-

- 1587 Maria Stuart geköpft.
- 1856 Der Freiheitskämpfer Eduard Vogel im Innern Afrika ermordet.
- 1871 Der Maler Moritz v. Schwind in München †.
- 1882 Der Schriftsteller Berthold Auerbach in Cannet †.
- 1907 Der Geograph Alfred Ritschhoff in Modau bei Leipzig †.

Die Halbkonzessionierten und der Polizeipräsident.

Nach dreiwöchentlicher Wartezeit gelangte gestern die Interpellation Brinke über die polizeiliche Schnapskontrolle in halbkonzessionierten Gastwirtschaften in der Stadtverordneten-Versammlung zur Besprechung, die nach dem Referenten von dem Vertrauensmann der Breslauer Gastwirte Herrn Weide und dem Genossen Schütz rednerisch kräftig unterstützt wurde. Wenn der Bürgermeister darauf erklärte, daß er weder dem Polizeipräsidenten noch der richterlichen Behörde des Stadtausschusses Vorschriften über die Handhabung ihrer Amtspflicht machen könne, so war er zweifellos im Rechte, als Fürsprecher für seinen Amtscollegen von der anderen Fakultät ging er aber entschieden zu weit. Der Polizeipräsident braucht und verdient einen Verteidiger in den städtischen Verwaltungskörpern gegenüber den Klagen der Bürger, die er sich nach Herrn Weides Meinung kategorienweise aufs Korn nimmt, nicht. Es sollte auch gar nicht der Versuch gemacht werden, ihn zur Unterlassung einer gesetzlichen Handlung zu animieren, sondern er soll vielmehr durch öffentliche Kritik veranlaßt werden, die Unzulänglichkeiten und unzulässigen Einsprüche gegen Konzessionen einzustellen, die den berechtigten Uebelstand verlängern und verschärfen.

Die Debatte eröffnete

Stadtv. Brinke: Seit einer Reihe von Wochen wird gegen die hiesigen Gastwirte mit sogenannter halber Konzession in scharfer Weise seitens der Polizei vorgegangen. In einer Gastwirte-Versammlung ist erklärt worden, daß dies auf eine Anregung des Stadtausschusses zurückzuführen ist. Das habe ich mir nun nicht erklären können, weshalb ich meine Anfrage an den Magistrat richtete. Man wird mir erwidern, der bestehende Zustand, wonach die Wirte mit halber Konzession auch Schnaps ausführen, ist ungesetzlich. Aber dieser Zustand besteht seit länger als 40 Jahren und ist ein eigenes Gebotnis. Müßte man gerade jetzt die Polizei veranlassen, gegen gewisse Gewerbetreibende vorzugehen, um sie in ihrer Existenz zu gefährden und zu ruinieren? Die Polizei, welche der schmerzschärfenden Gastwirte habhaft wird, beghütet sich nicht nur mit hohen Strafen, sondern sie beschlagnahmt auch alle Geräte und jeden Vorrat von Schnaps. Dadurch schädigt sie nicht allein die Gastwirte; nicht diese allein leiden, sondern auch ihre Lieferanten, die nun von den Wirten kein Geld bekommen, und schließlich auch die Hauswirte, die keine Miete erhalten. Die Beteiligten können sich nicht denken, daß eine städtische Behörde, der Stadtausschuß, die Veranlassung zu dem harten Vorgehen gegen die Gastwirte gewesen sein soll. Bei Beratung des neuen Ortsstatuts für das Gastwirts-gewerbe haben meine Kollegen wiederholt auf den ungesetzlichen Zustand bei der Konzessionserteilung hingewiesen; aber es ist eine Aenderung zum Besseren nicht eingetreten.

Überbürgermeister Wendler: Meine Herren! Der Stadtausschuß und der Magistrat sind zweierlei Behörden. Ich würde eigentlich nur sachgemäß verfahren, wenn ich eine Beantwortung der Anfrage des Herrn Stadtv. Brinke ablehnte. Es liegt mir aber daran, so zu sprechen, wie die Tatsachen liegen, weil ich glaube, dazu beitragen zu können, daß die nötige Beruhigung eintritt. Was das neue Ortsstatut kam, hat es entweder gar keine, oder die volle Konzession gegeben. Über der Stadtausschuß ist in Sachkonzessions-sachen nicht die letzte entscheidende Behörde. In vielen Fällen, in denen er die ganze Konzession gewährte, habe die Polizei Berufung eingelegt. Der Bezirks-Ausschuß hat dann die halbe Sachkonzession erteilt. Das hat der Stadtausschuß zu einer Vorlesung beim Polizeipräsidenten veranlaßt. Was der Herr Polizeipräsident darauf erwiderte, entzieht sich meiner Kenntnis und Kritik. Ich habe auch den Gastwirten gesagt, daß der Herr Polizeipräsident nicht meiner Kritik unterliegt, ich kann ihm keine Vorhaltungen machen; er würde sich sonst über mich beschweren. So liegt die Sache ganz einfach für uns. Wir können nichts machen. Der Stadtausschuß will, daß möglichst viel volle Konzessionen erteilt werden, aber der Bezirksauschuß gibt dem doch nicht nach. Ich hoffe, daß die Deputierten der Gastwirte, die bei mir waren, sich davon überzeugt haben, daß ich nicht helfen kann. Ich hoffe ferner, daß die Gastwirte mit halber Konzession mit der Zeit diese auch nur ausüben werden. In andern Städten ist es ebenso.

Stadtv. Weide: Durch die halbe Konzession hat sich hier ein Zustand herausgebildet, den man schon nicht mehr Gastwirte-Zustand nennen kann. Denn die ganze Konzession ist die Ausnahme und die halbe die Regel. Es ist anderwärts nicht so wie hier, da besonders, wo mehr Bier oder Wein getrunken wird. Aber der Breslauer trinkt eher Korn oder Schnaps. Deswegen ist hier auch ein Unterschied zu machen. Wir haben seit Jahrzehnten auf diesem ungesetzlichen Zustand des Korn- und Schnapskonsums bei halber Konzession hinarbeiten. Man weiß auch bei der Behörde, wie es in Breslau steht. Dem Polizeipräsidenten ist es seit 40 Jahren bekannt. Es ist tatsächlich ein Gewohnheitsrecht geworden. Jeder, der ein Lokal kauft, sagt sich, daß er Schnaps schenken kann, und er muß es tun. Wir sind nun an den Magistrat gekommen und haben erlucht, daß dieser ungesetzliche Zustand in einen gesetzlichen umgewandelt wird, und es geschieht deshalb, weil wir verhindern wollen, daß nicht Hunderte von Existenzen jederzeit durch Maßnahmen der Polizei einfach weggerafft werden können, wovon niemand einen Nutzen hat. Jetzt gerade ist die ungünstigste Zeit gewesen, gegen die Gastwirte mit diesen Beschlagnahmen von Schnaps z. vorzugehen. Durch die Verschärfung des Polizeipräsidenten wird das Gastwirts-gewerbe nicht unterstützt. Wenn wir nun den Magistrat um Unterstützung ersuchen, so kann er uns wohl helfen. Er kann als Stadtausschuß mehr volle Konzessionen erteilen als bisher. Wir haben hier ungefähr 800 volle Konzessionen und 1600 halbe. In Berlin ist dies umgekehrt. Der Überbürgermeister kann auf den Stadtausschuß einwirken. Aber die Polizei trägt die Hauptschuld, und zwar auf Verreiben des Stadtausschusses. Aus seinen Versicherungen ist zu entnehmen, daß der Polizeipräsident den Gewerbetreibenden gegenüber nicht held gekimmt ist. Erst ging er gegen die Prozessualisten vor, dann kamen die Wäcker an die Reihe, jetzt die Gastwirte; vielleicht kommen auch noch die Kurieren dran. (Heiterkeit.) Der Herr Polizeipräsident hat gesagt, jeder, der nicht arbeiten will, wird Gastwirt. Er scheint nicht zu wissen, daß die Arbeitszeit der Gastwirte dreimal so lang ist als die anderer Gewerbetreibender und länger wohl auch, als die des Herrn Polizeipräsidenten. Wir haben Hilfe erbeten und wollen, daß mit Bedenken der heutige Zustand erhalten bleibt. Das ist durchaus gerecht. Wir wandten uns auch an die Regierung um Unterstützung. Wir verlangen keineswegs, daß der Polizeipräsident erklärt: „Ihr Gastwirte könnt ausweichen, was Ihr wollt.“ Aber, wenn

der gegenwärtige Zustand 40 Jahre gebauert hat, so kann er auch noch 5 Jahre bestehen. Die Interpellation sollte dazu dienen, darzutun, daß Recht der Gastwirte, zu leben und ihre Familien zu erhalten.

Stadtv. Schütz: Wenn ich zu dieser Angelegenheit das Wort nehme, so geschieht es nicht, um für den Alkoholgenuss einzutreten, ich wünsche vielmehr das Gegenteil, als Vertreter der Bürgererschaft aber haben wir alle Veranlassung, von dieser Stelle aus diese polizeilichen Maßnahmen zu bekämpfen. Die Stellungnahme des Herrn Oberbürgermeisters verstehe ich, wir haben aber dem Herrn Polizeipräsidenten gegenüber nicht jene Rücksicht zu üben, sondern dürfen uns schon eine Kritik gefallen, und wenn dadurch erzielt wird, daß in Zukunft weniger Einsprüche gegen die vom Stadtausschuß erteilten vollen Konzessionen erhoben werden, so wollen wir damit zufrieden sein.

Wer die Verhältnisse einigermaßen kennt, weiß, in welchem Abhängigkeitsverhältnis die Gastwirte zur Polizei stehen, diese Herren haben vor dem Zeisel nicht solche Angst, als vor der Polizei. (Weisfall.) Wie mancher Gastwirt gäbe sehr gern sein Lokal zu Versammlungen her, oder würde die „Volksmacht“ auslegen, die Straße aber, es mit der Polizei zu verderben, hält ihn davon ab.

Ich kann mich des Gebankens nicht erwehren, daß abschließend so viel halbe Konzessionen ausgereicht werden, um dieses Abhängigkeitsverhältnis beizubehalten. Und welches ist der Zweck, nur halbe Konzessionen zu erteilen? Man glaubt doch nicht etwa ernstlich daran, durch diese Maßnahmen den übermäßigen Alkoholgenuss zu bekämpfen oder zu beschränken. Wer die Absicht zu trinken hat, dem bietet sich Gelegenheit in Fülle.

Daß die Gastwirte sich gegen diese Maßregel wehren, ist erklärlich, aber interessant ist die Art, wie ihr Organ diese Frage behandelt. Setzt es doch in einem Artikel, nachdem auf die liberale harte und unzeitgemäße Maßregel und ihre Folgen hingewiesen wird, die nationale Gesinnung aber barste eine Forderung nicht erkennen.

Die Gastwirte kämpfen um ihre Existenz und folgedessen halte ich es für deplaziert, die nationale Gesinnung als Ausschankeschild zu benutzen. (Sehr richtig!) Wer trägt denn eigentlich die Schuld an dem so energischen Vorgehen der Polizei gegen die Gastwirte? Ich kann mich nicht dafür verhalten, aber wie ich von vertrauenswürdigem Seite erfahren habe, sind es zwei Stadträte, welche im Stadtausschuß sitzen. Diese Herren sollen eines Tages, als sie die Bedürfnisfrage prüfen, in eine Restauration mit halber Konzession gekommen sein, in welcher Polizeibeamte beim Schnaps schmecken saßen. Zur Rede gestellt, wie sie dazu kämen, in diesem Lokal Schnaps zu trinken, da der Wirt hierzu keine Genehmigung habe, soll es zu Auseinandersetzungen gekommen sein, die den Anlaß boten, daß der Polizeipräsident von jenem Vorgang unterrichtet wurde. Die in Polizeidingen gut unterrichtete „Schlesische Zeitung“ hat kürzlich mitgeteilt, daß allenhalben Personen vorgeführt werden, welche auswärts sind, in welcher Gastwirtschaft mit halber Konzession Schnaps geschmeckt wird, damit dann diese Lokale von Polizeibeamten einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Es müßte recht komisch an, wenn ein Bürger unserer Stadt in der „Schlesischen Volkszeitung“ das Vorgehen der Polizeibehörde auf das Schärfste verurteilt, und von der Staatsanwaltschaft fordert, daß nicht nur gegen die Gewerbetreibenden selbst, sondern auch gegen jene Personen, die sich zum Amte des agents provocateurs (Polizeispitzel) hergeben, als Anstifter zu dem Gewerbevergehen vorgegangen und gegen sie ebenfalls Anklage erhoben wird, wozu die Anklagebehörde nach dem Gesetze ja verpflichtet ist!

Wenn es nur sozialdemokratische Redakteure wären, die einen Punkt vorgehen oder gegen die leidige Form verstoßen haben, dann wäre es etwas anderes. Im vorliegenden Falle wurde von uns ein Vertrauensmann der Breslauer Polizei als ein anarcho-schiller Agitator entlarvt, ein Mann, welcher anarchistische Mätter folportierte und sich bemühte, verbottene Niederbücher zum Vertrieb zu bekommen, der sogar antimilitaristische Propaganda bei Bestellungspflichtigen trieb. Trotzdem die Staatsanwaltschaft von diesem Treiben durch die „Volksmacht“ Kenntnis erhalten, hat sie nichts gegen diesen Herrn unternommen.

Wir haben alle Veranlassung, uns gegen jede polizeiliche Bevormundung zu wenden, Bewegungsfreiheit, aber nicht polizeiliche Beschränkung braucht das Volk. Obgleich eine ganze Welt zwischen meinen und den Anschauungen des konservativen Kollegen Weide liegt, in der Liebe zu unserer Herr Polizeipräsidenten bin ich mit ihm einig. (Große Heiterkeit.)

Überbürgermeister Wendler: Wenn hier Beschwerden vorgebracht werden, so müssen sie auch begründet sein. Der Herr Polizeipräsident mußte vorgehen, wie er es getan hat; er tut damit nur seine Pflicht. Er verdiente sonst abgesetzt zu werden. Wenn auch nur der Schein erweckt wird, daß wir den Polizeipräsidenten hier ungerechtfertigt kritisieren, so muß dagegen Protest erhoben werden. Herr Weide beschwert sich über die vielen Halben und die wenigen ganzen Konzessionen. Ich erkenne dies an; aber dies kommt daher, weil die halbe Konzession ohne weiteres erteilt werden muß. Wenn die Herren ausführen, daß es zu einem Gewohnheitsrecht geworden ist, bei halber Genehmigung nach ganzer auszuweichen, so muß ich sagen, was ist das für ein Zustand. Die Meinung des Polizeipräsidenten, Mißde wahlen zu lassen, kann dadurch nicht gesteigert werden, daß man ihm grundsätzlich zum Vorwurf macht, er verstoße gegen das Gesetz. Ich möchte die Herren Interessenten bitten, nicht allzu scharfe Töne gegen den Polizeipräsidenten zu blasen, sonst könnte dies vielleicht schlimme Folgen haben. Er hat nur gesetzlich gehandelt, wenn er die scharfe Kontrolle gegen die Gastwirte anwandte. Ich möchte bitten, daß die Versammlung es ablehnt, gegen den Polizeipräsidenten so, wie zum Teil geschehen, vorzugehen. (Weisfall.)

Stadtv. Seiffert: Man wünscht, daß ein gesetzlicher Zustand hergestellt wird. Darüber läßt sich wohl reden. Aber was ungesetzlich ist, kann nicht unsere Billigung finden. Ich bedauere die Form der Interpellation. Es liegt in ihr ein großer Vorwurf, daß gegen Gewerbetreibende ungerecht vorgegangen wird. Es ist zurückzuführen, daß die Polizei sich auf den Standpunkt stellt, irgendwelchen Bürgern Schwierigkeiten zu bereiten. Für den Fall, daß unsere Organe dies tun wollten, ist stets auf eine Befreiung des Uebelstandes zu hoffen. Der Stadtv. Brinke ist wieder aus dem Hunderten ins Tausendte gekommen.

Stadtv. Brinke: Mir ist es nicht eingefallen, den Polizeipräsidenten zu Gefühlsdramen zu verleiten. Aber das ewige Einprücheln ist es, was ich es, was mich zum Protest zwingt. So war es ja auch beim Gewerkschaftshaus, als man uns sagte: „Ihr braucht keine volle Konzession; geht doch ins Vincenzhaus, da habt Ihr sie.“

Stadtv. Weide: Ich habe noch zu sagen, daß ich veranlaßt wurde zu der Interpellation durch die Behauptung in der Gastwirte-Versammlung, die Polizei sei vorgegangen auf Grund einer Aufforderung des Stadtausschusses. Das war mir unklar. Ich sagte mir, wie kommt dieser dazu, die Polizei zu drängen und scharf zu machen.

Ein Schlußantrag, vom Stadtv. Brinke eingebracht, dem Stadtv. Weide zustimmte, wurde dem Stadtv. Seiffert zugestimmt, wird abgelehnt. Es sprechen dann noch kurz die Stadtv. Seiffert und Schütz.

Herr Professor Seiffert scheint Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu sein, der sich durch Kavallerie-Attaken auf die sozialdemokratischen Stadtv. Brinke einen Orden zu verdienen trachtet. Er wird dabei aber noch einigemal in den Sand gesetzt werden, he er an sein Ziel kommt, so wie es ihm gestern gelang. Seine Versicherung der treuesten Gesetzkühe, die einiger-

magen an Glanz verlor, weil sie ihm der Oberbürgermeister viel schöner vorweg genommen hatte, verknüpfte er wieder mit einer unmotivierten Inanspruchnahme des Genossen Schütz und als ihm dieser in bekannt deutlicher Weise abfertigte, hatte er immer noch nicht genug. Damit er nicht wieder den unwahren Vorwurf erhebt, daß sich Genosse Kerfin in Berlin als Spitzel in den Reichsverband habe eintragen lassen, sei ihm hier noch einmal mitgeteilt, daß genannter Genosse seine Unterschrift auf der Anmeldung zum Reichsverband für eine Fälschung erklärt hat.

Es macht sich übrigens besonders schön, wenn konservative wie liberale Interessenten zu uns Sozialdemokraten heimlich geschlichen kommen, um uns zu einer gründlichen Abkantung des Polizeipräsidenten zu animieren und dann ein konservativer Redner öffentlich auftritt und seine charakterfesteste Geselligkeit zur Bewunderung vorführt.

* **Protokollversammlung der Bäcker-Gesellen.** Die hiesige Bäckerinnung faßte in ihrer letzten Quartalskonferenz den Beschluß, eine Innungs-Krankenkasse für die Gesellen zu schaffen. Gegen diesen Plan nahm am Donnerstag in der „Scala“ eine öffentliche Bäckerinnungs-Versammlung. Der Referent, Kollege Kiegan, unterwarf diesem Projekt einer eingehenden sachlichen Kritik, um nachzuweisen, daß die Verwirklichung dieser Idee der Innung zwar Nutzen, den Gesellen aber nur Nachteile bringen würde. Auf dem letzten Germania-Verbandskongress der Bäckerinnungen ist nämlich beschlossen worden, an allen Orten Innungs-Krankenkassen zu gründen. Der Zweck derselben ist so beschaffen, als daß es noch nötig wäre, darüber weitere Ausführungen zu machen. In München, Frankfurt a. M. und Breslau sind solche Kassen ins Leben getreten worden, die Aufsichtsbehörde hat die Genehmigung erteilt, trotz der Proteste der Bäcker. Viel Freude aber haben die Innungen an ihrer Schöpfung nicht erlebt; der größte Teil der Kassenmitglieder, besonders in München, ist ausgestiegen und in die Rentner-Kasse (Kasse der Bäcker Deutschlands) eingetreten. In anderen Städten hat der Weidenauschuß seine Annahme veranlaßt in der richtigeren Erkenntnis, daß eine Innungskasse unendlich das bietet, was eine Ortskrankenkasse bietet, obgleich dagegen in Breslau, hier hat der Weidenauschuß bereits zugestimmt, daß die Innung sich bereit erklärt, die Hälfte der Kassenbeiträge zu zahlen, damit werden die Bäcker gefördert. Die konservativen Gesellen merken nicht, daß hinter der vermeintlichen Wohlthat „was ganz anderes steckt, daß der Innungsvorstand darauf aus ist, die Oberhand in der Kassenverwaltung zu haben. Nach den Vorarbeiten in der hiesigen Bäcker-Innungskasse sei sicher anzunehmen, daß man versuchen wird, die Beiträge zu ermäßigen, dann aber können nur die Mindestleistungen gemacht werden. Diese betragen die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes, gleich 1.20 Mk. pro Tag, während die Ortskrankenkasse zwei Drittel des ortsüblichen Tagelohnes, 1.60 Mk., zahlt.

Ob es auch möglich sein wird, die Beiträge herabzusetzen, sei noch sehr fraglich. Es besteht somit für die Kollegen die Gefahr, in Krankheitsfällen keine ausreichende Unterstützung zu erhalten.

Aber noch eine andere Gefahr sei zu befürchten. In den Händen der Innung befindet sich der Arbeitsnachweis. Die alten, kränklichen Kollegen wird man suchen auszumergen, denn, wenn man ihnen Arbeit nach, müssen sie auch in die Krankenkassen aufgenommen werden und bevor wird sich jedenfalls die Innung hüten. Kiegan wendete sich sodann an den Angestellten der Innung gegen die Ortskrankenkasse; durch Schilderung der tatsächlichen Kassenverhältnisse erhellte, daß die Ortskrankenkasse auf gewirtschaftet, und sogar die Anerkennung der Meister, die nicht ganz verbott sind, gefunden hat. Der Kassenfonds beträgt zur Zeit 10,000 Mark und zum diesen ist es ansehnend der Innung zu tun. Mit der Umwandlung in eine Innungskasse würde er allerdings in deren Besitz gelangen. Es steht nicht zu erwarten, daß die Aufsichtsbehörde die Genehmigung erteilen wird, wenn sie in Erwägung zieht, daß dadurch die Interessen der Versicherten unbedingt gefährdet werden; sollte aber wider Erwarten der Fall eintreten, daß auch in Breslau die Behörden der Wünsche der Innung nachkommen und die die Gesellen ganz unberücksichtigt lassen, dann wird sicherlich für die Breslauer Bäcker eine neue Kasse entstehen, es wird eine Verwaltungsstelle der Freien Hilfskassen Deutschlands gegründet werden, die ihren Mitgliedern für die gleichen Beiträge noch höhere Leistungen zusichert als selbst die Ortskrankenkasse. Vor allen Dingen aber müssen sich die Kollegen energisch wehren, wenn sie der Innung Schritt im Kassenwesen aufhalten wollen. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Nach einer Diskussion, in der die Redner sich vollkommen auf den Standpunkt des Referenten stellten, wurde folgende Resolution einstimmig beschlossen:

„Die heut am 6. Februar 1908 stattfindende öffentliche Versammlung der Breslauer Bäcker-Gesellen und Mitglieder der Ortskrankenkasse für das Bäcker-gewerbe erhebt einstimmigen Protest gegen die Absicht der Bäckerinnung, für Breslau eine Innungskrankenkasse zu errichten, weil durch Verwirklichung dieses Planes, die heutige, den Versicherten bessere Leistungen bietende Ortskrankenkasse in ihrem Bestande gefährdet wird.“

Die Mitglieder der Innung und die Absicht derselben, für gewisse Meister in solcher Innungsbekleidung Beamtenposten zu schaffen, veranlassen alle Mitglieder, die in Betracht kommenden Behörden und Instanzen zu ersuchen — der beabsichtigten Neugründung ihre Zustimmung zu verweigern.

Sollte dennoch die Gründung einer Innungskrankenkasse genehmigt werden, dann erklären die Versammelten ihren Beitritt zur freien Hilfskassen (Zentralkrankenkasse der Bäcker und Backwaren-Gesellen Dresden), um dadurch von der Mitgliedschaft in der Innungskrankenkasse befreit zu sein.

Der Gesellenauschuß und Vorstand der Ortskrankenkasse wird aufgefordert, in diesem Sinne zu wirken.

* **Achtung, Genossen und Gewerkschafter.** Seit längerer Zeit ist dem Gastwirt Ruppert in Grabischen-Land verboten worden, sein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen, angeblich aus familiären Gründen. Dabei hat das allerdings kleine Lokal fünf Fenster und drei Ausgange. Immerhin, daß Polizeiverbot besteht und unsere Genossen und Gewerkschafter, die einmal durch das Dorf spazieren, sollten, wenn sie einmal einkehren, Herrn Ruppert auffuchen, der in der bewegtesten Zeit vor dem Verbot sein Lokal gern zur Verfügung stellte.

* **Zum Abgeordneten für den Provinzial-Landtag** wurde in der gestrigen Sitzung der Stadtv. ordneten Bürgermeisters Trentin mit 56 von 58 abgegeben Stimmen gewählt.

* **Anfrage für Lokomotivfabriken.** Das Eisenbahn-Referat in Berlin ist beauftragt worden, wegen Uebernahme der Herstellung von 516 Lokomotiven verschiedener Gattungen für die bestehenden Bahnen mit den Werken, die zurzeit für die preussisch-hessische Staatsbahnenverwaltung beschäftigt sind, in Verhandlung zu treten. Die Anlieferung der Lokomotiven soll bis zum 31. März 1909 beendet sein.

* **Der Ausschuss des Gewerbegerichts zu Breslau** beschloß sich in seiner am Mittwoch Abend im Rathsaule abgehaltenen Sitzung mit einem schon seit längerer Zeit geltenden Antrag des Deutschen Techniker-Verbandes über: Die Anhebung des Gewerbegerichtsbezuges auf die Zuständigkeit des technischen Personals mit über 2000 Mk. Der Ausschuss gab in zustimmendem Sinne hierzu seine Erklärung ab.

* **Die letzte Erscheinung eines Wintergewitters** konnte von Leuten, die gewohnt sind früh aufzustehen, beobachtet werden. Während ein heftiger Wind blies und die Schneeflocken herunterwirbelten, zuckte gegen fünf Uhr Morgens mehrmals der Blitz, der von lauem Donner begleitet wurde. Leider verfiel das Wintergewitter nach alter Erfahrung nicht etwa das Gerannachen des Frühlings, sondern bringt immer neue Kälte mit sich.

Die Ortskrankenkasse für Arbeiter und Piano-...
stellt am Mittwoch ihre Generalversammlung im Klassen-...
des Wasser Gartens ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung...
berichtet der Vorstand über den bereits gedruckten Jahres-...
bericht. Danach betrug die Gesamteinnahme 116,076.88 Mark...
(108,543.14 Mk.). Die in Klammern beigefügten Ziffern be-...
deuten die entsprechenden Summen des Vorjahres. Die Gesamtausgabe...
betrug 107,771.66 Mk. (100,528.76 Mk.). Für ärztliche Behandlung...
wurden ausbezahlt 9298.66 Mk. (9648.21 Mk.), für Arznei und...
Heilmittel 7062.08 Mk. (6547.70 Mk.), Krankengelder an Mitglieder...
5732.98 Mk. (4055.79 Mk.), an Angehörige der Mitglieder...
1871.14 Mk. (1906.75 Mk.), an Sterbegeldern 2824.80 Mk. (2496.14 Mk.), an Paus- und Verpflegungskosten in Krankenkassen...
und Pflege für Rekonvaleszenten 18,829.81 Mk. (18,556.91 Mk.), für Kapitalanlagen 4036.82 Mk. (10,021.63 Mk.), Verwaltungskosten...
pp. verballhe 5427.90 Mk. (4992.98 Mk.) tatsächliche...
3598.96 Mk. (2741.65 Mk.). Der Kassenbestand am Anfang...
des Rechnungsjahres betrug 8304.95 Mk. (8014.38 Mk.). Der Vermögensbestand betrug 57,034.84 Mk. (64,728.98 Mk.).
Verstorben sind 28 Mitglieder. Die Herren Revisoren berichteten...
dass Bücher, Bestände und Kassenbestand in bester Ordnung vor-
gefunden worden sind und beantragten die Decharge, die ein-
stimmig erteilt wird. Die Erfolge im Gesehungs-...
heim werden von den Mitgliedern lobend anerkannt. Die Zahl...
der Pflegefälle betrug 86, die Zahl der Verpflegungs-...
tage 1052. Die Gemeinnützigkeit betrug 2-21 Pfand pro Mann.
Von beiden Seiten, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, wird die Er-
haltung des Gesehungsheims in dieser Form dringend empfohlen.
Ueber die Straffverfolgung von 80 Mark gegen den...
Kassenverwalter entspannt sich eine längere...
Debatte, in deren Verlauf der Kassen-Vorstand beantragt...
wird, die Entscheidung des Oberver-...
waltungsgerichts herbeizuführen, da auch nach...
der herrschenden Rechtsprechung den Krankenkassen ohne weiteres das...
Recht aufsetzt, Grundstücke zu erwerben, eigene Krankenkassen, Ge-
sinnungskörpers, Malderholungsstätten, ja sogar eigene Apotheken zu...
errichten. Unzählige Krankenkassen besitzen bereits derartige...
eigene Institute. Der § 46 des R.-V.-G. steht außerdem vor, daß sich die...
Krankenkassen eines Ortes noch zu einem Ver-...
bande vereinigten können, ausdrücklich zu dem...
Zwecke der Anlage und des Betriebes gemein-...
samer Anstalten, zur Heilung und Verpflegung...
erkrankter Mitglieder, sowie zur Pflege...
für Rekonvaleszenten. Ein solcher Verband...
die Rechte einer juristischen Person, kann unter seinem Namen zu...
einem Zweck Rechte erwerben, in Verbindlichkeiten einehen, vor...
Gericht klagen und verklagt werden. Die gleichen Bestimmungen...
gemäß § 25 Abs. 1 auch die Krankenkassen. Es soll die Ent-
scheidung des Oberverwaltungsgerichts in dieser Streitfrage abgewartet...
werden. Hieran wird in die Beratung des Statutennachtrages be-
treffend die Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden eingetreten.
Nach kurzer Diskussion wird der gedruckte vorliegende Nachtrag ge-
nehmigt.

Aufstellung eines Dampfhammers. Die Breslauer...
Alliengesellschaft für Eisenbahn-Wagenbau und Maschinenbauanstalt...
Breslau beabsichtigt, in der großen Schmiede der Waggonfabrik —...
Striegauer Chaussee 3 — hier, neben anderen bereits vor-...
handenen Dampfhammern einen neuen Dampfhammer von 1000...
Kilogramm Fallgewicht aufzustellen. Einsprüche gegen das Projekt...
sind schriftlich bis zum 15. Februar an den Vorsitzenden des Stadti-...
auschusses, Stadtrat Friedrich, zu senden. Am 22. Februar haben...
die Verhandlungen über die etwa eingelaufenen Einsprüche statt.

Die freie Jugendorganisation hält am Sonnabend, den...
8. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Billardzimmer des Generalkasinos...
ihre Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Rückblick auf...
das Jahr 1907. 2. Tagesneuigkeiten. 3. Verschiedenes. Kollegen...
erscheint alle!

Verlorene Theater-Billets. Für die dritte Troubadour-...
Vorstellung am 9. Februar im Thalia-Theater sind vom Genossen...
C. Baumgarten, Kaiserstr. 17, eine Anzahl von Theater-...
Billets verloren worden. Da dieselben für etwaige Finder wer-...
los sind, ersucht der Verlorene um Wiederzufindung.

Erben gesucht. Die Erben des im Jahre 1877 in Breslau...
geborenen, am 17. März v. J. mit einem italienischen Dampfer...
untergegangenen Koches Edward Gallo, auch Gallo oder C. Gallo,
wahren rührt, näheres über ihre Ansprüche dem Polizeipräsidium,
Abteilung I, mitzuteilen.

Falscher Alarm. Am 4. v. M. Abends wurde durch einen...
Maurer die Feuerwehr nach Oblandstr. 47 gerufen, weil ein...
Dienstmädchen in einem Fabrikraum Feuergefahr nur gesehen...
haben wollte.

Vermisst wird seit dem 30. v. M. das 15 Jahre alte Dien-...
stmädchen Annes Korta, welches Zimmerstr. 9 in Stellung war.
— Der 18 Jahre alte Arbeiter Paul Gürlich, Fiedrichstr. 6, ist seit...
dem 3. v. M. vermisst.

Zusammenstoß. Am 4. d. M., Nachmittags erfolgte auf...
der Matthiassstr. bei der Wäckerstr. ein fast unvermeidlicher Zu-...
sammenstoß zwischen einem einbahnigen Lastwagen und einem Motor-...
wagen. Dem Pferde wurde die Oberlippe gespalten.

Hohe Patrone. In der Nacht zum 4. d. M. wurden ein...
Maurer und ein Arbeiter auf der Sackgasse durch drei Durchschüsse...
eine Gabe angepöbelt. Als diese demüdigend wurde, wurden die...
beiden Männer schwer mißhandelt. Der Maurer trug an einer Hand...
eine klaffende Schnittwunde davon.

Diebstähle. Aus einer Wohnung auf der Reuschstr. wurde...
eine Damenbrille, gezeichnet S. S., gestohlen. Einem Kleider-...
geschleier wurde ein schwarzer Liebesbrief, ein Paar Handschuhe...
und eine neue Remonturbrille gestohlen. — Einem Arbeiter aus Kawallen...
wurden eine Siegel und vier Familienfotos gestohlen. — Einem Straßen-...
bahnwärter von der Flurstr. wurde ein Mantel gestohlen.

Aus Schlesien und Posen.

Oberlitz, 7. Februar. Die Verjährungs-Verhand-...
lung gegen die Genossen Fleischer und Landadel-Oberlitz,
die am Mittwoch vor dem Obersten Landgericht anberaumt war,
wurde nicht in Gabe geführt, sondern vertagt. In der Ver-
nehmung bestritten die beiden Angeklagten das ihnen zur Last ge-
legte Verbrechen. Von dem Verteidiger, Rechtsanwalt Heins-Berlin,
wurde eine Reihe Beweisanträge gestellt, und es entspann sich darüber...
zwischen dem Verteidiger und dem Staatsanwalt eine Auseinander-
setzung, weil letzterer die Beweisanträge für unerschließlich hielt und...
für Ablehnung eintrat. Das Gericht zog sich über die Zulassung der...
Beweisanträge in einer Beratung, die zum dreiviertel Stunde währte,
zurück. Der Vorsitzende gab danach bekannt, daß das Gericht die...
Beweisanträge, die sich auf den Inhalt des Artikels beziehen, abge-
lehnt habe, weil sich die Lastung nur noch auf § 185 fähig. Da-
gegen sind die Beweisanträge, die sich auf die Angaben des Ange-
klagten Fleischer und auf die Verbreitung der Zeitung beziehen, zu-
gelassen worden. Zwecks Vorladung der erforderlichen Zeugen wurde...
Termin der Termin vertagt.

Görlitz, 6. Februar. Ein Skandal. In Ranners-...
dorf, Kreis Görlitz, muß der erste Lehrer seit Jahrzehnten allein...
über 230 Kinder in vier Klassen unterrichten, da der zweite...
Lehrer wegen Krankheit krankhaft ist und eine Vertretung von der...
Regierung bisher nicht gesandt wurde.

Sagan, 6. Februar. Beide Beine zermalmt. Der...
auf hiesigem Bahnhof beschäftigte 24-jährige Bahnarbeiter Alfred...
Schubert aus Sagan, fuhr Montag Abend mit einem Güterzuge...
nach Halle und brach kurz vor Station Krausdorf, wo er dies schon...
Hitzes geizen, aus dem Zuge, um schneller nach Sagan zu ge-
langen. Dießmal geriet er aber unter die Räder des Zuges, durch...
die ihm beide Beine zermalmt wurden. Man brachte den...
Schmerzerleidenden noch in derselben Nacht in das hiesige städtische...
Krankenhaus, wo ihm beide Beine amputiert wurden.

Glogau, 7. Februar. Unter-Unterschied. Ein...
Vater hat bei seinem Kompagnon-Verkauf vergeblich

beantragt. Dem Feldwebel der Kompagnie war noch 10 Uhr Abends...
gemeldet worden, daß der Unteroffizier noch nicht zu Hause sei, sich...
aber in einem Lokal aufhalte. Der Feldwebel beauftragt darauf,
wie der „Niederlitz. Anz.“ berichtet, 8 älteren Unteroffizieren, sich im...
Dienstauszug — Helm — nach dem Lokal zu begeben und den Unter-
offizier zum Nachhausegehen zu bewegen oder ihn eventuell zu ver-
haften. Trotz zäher Kämpfe befehligte der Unteroffizier seine...
Kameraden, sich die Treppen vom Krausen und den Kessel auf-
schlagen und warf sie den Kameraden vor die Füße. Nunmehr...
wurde er verhaftet.

Sunnersdorf, 7. Februar. Selbstmord. Eine auf einem...
hiesigen Gute beschäftigte 20-jährige Dienstmagd verübte Selbstmord,
indem sie sich in den Backen Mörte und ertrank. Die Leiche wurde...
abgehoben und in die Leichenhalle gebracht. Das Motiv zur traurigen...
Tat ist unbekannt.

Waldenburg, 4. Februar. Proletariertun-...
ber müssen gute Lehren ziehen, weil sie sonst...
gar nichts hätten. Aber nicht nur, solange sie die Schule be-
suchen, sondern auch dann noch, wenn sie schon als Arbeiter...
den Kampf mit dem Fasen aufgenommen haben.
Ein Schlepper, der aus Oberschlesien ins hiesige Rebler...
zugereist ist und in einer hiesigen Grube arbeitet, erhielt vor...
kurzem von seinem ehemaligen Lehrer eine Postkarte nachstehen-
den Inhalts zugesandt:

A., 30 Januar 1908.
Es ist doch ein Skandal, daß Ihr zwei Brüder nicht...
inslande seid, dem Nikolai ein Paar Stiefeln zu kaufen.
Der arme Junge muß im strengen Winter in Pantoffeln zur...
Schule kommen. Von der alten, armen Mutter könnt Ihr...
schon das nicht verlangen. Darin müßt Ihr auch sparsamer...
leben, denn das Dach über Mitters Haus fällt schon ein.

Der gute Herz des braven Lehrers in allen Ehren —...
aber ist denn der 18-jährige junge Mensch schuld an dem Jam-
mer, den er ihm schilbert? Es ist wahr, ein Skandal ist es,
wenn ein Kind in Pantoffeln durch den Schnee zur Schule...
waten muß, während ein anderer, das Schuße genau hätte,
durch einen Hauslehrer im warmen Elternhause unterrichtet...
wird. Die Verantwortlichkeit der herrschenden Ordnung kann...
nicht dadurch befreit werden, daß unser Schlepper irgendwo...
ein Paar Stiefeln kauft und sie seinem Brüdchen schenkt, wie...
es der heilige Crispinus gemacht haben soll. Statt zu stehen,
rät allerdings der Lehrer dem jungen Manne an, sparsamer zu...
leben. Das tut er aber jetzt schon, wie er hoch und heilig...
berührt, hat aber trotzdem noch nichts zurücklegen können.
270 Mark Verdienst pro Schicht lassen das erklärlich erscheinen,
denn auf Kost und Logis gehen schon 150 Mark ab, so daß...
auf die übrigen Bedürfnisse des Lebens wenig verbleibt. Die...
Nahrung zur Sparfamkeit wird eben immer an diejenigen ge-
richtet, für die zum „Sparen“ nichts mehr übrig bleibt, weil...
ihnen die andern alles vor dem Munde wegsparen. Und ge-
rade die Grubenarbeiter, deren Lohnstabe der junge Oberschle-
sler jetzt ist, haben diese Lüge nicht besessen, üben sie auch...
heute noch in nimmermüder Beharrlichkeit. Ihnen fällt darum...
auch kein Dach auf dem Haupte ein und wenn sie ihre Söhne...
zur Schule schicken, dann brauchen diese nicht in Pantoffeln hin-
zulaufen, sondern werden in Pelze verpackt, vom Kutscher im...
Schlitten hinfahren. — Da es auch in Oberschlesien eine ganze...
Anzahl Industriearbeiter gibt, die durch ihre Sparfamkeit ein...
höchstes Vermögen erworben haben, könnte es der gute Lehrer...
sich aus der Nähe betrachten, wie das gemacht wird. Als...
braver Mann wird er aber dem jungen Manne von dieser...
Sparfamkeit abraten müssen, denn bei genauerer Einsichtnahme...
wird er in ihr die Ursachen des Massenelends erkennen.

Oppeln, 7. Februar. Raubmord. Gestern Vormittag...
wurde Frau Weigemeister Wink in Chorzow durch einen Beil-
schlag in den Rücken ermordet. Mörder verfolgten die Schneespuren...
des Mörders, bisher jedoch erfolglos.

Kattowitz, 7. Februar. Ein alter Heiratskandidat...
Der Invalide Boguski in Proskowitz hat den klugen Schritt ge-
wagt, mit 92 Jahren zum 3. Male in den heiligen Ehehaften...
einzulassen.

Königsbrunn, 7. Februar. Letzte Schicht. Nach einer...
Melbung der „Königsbr. Volkszeitung“ wurde auf dem Kransbacht...
der Königsbrunn ein Schlepper in vergangener Nacht durch herab-
fallende Robbe erschlagen.

Abhuil, 6. Februar. Der reiche Onkel aus...
Australien. Der Schlafhaukverwalter Roman der Karloffone...
Wielutau hat, wie der „Oberschl. Anz.“ meldet, vom deutschen Konsul...
in Australien ein Telegramm erhalten, worin er benachrichtigt wurde,
daß ihm von einem verstorbenen nahen Verwandten die stattliche...
Summe von 1 1/2 Millionen Dollar hinterlassen sei. Herr Roman...
hat weitere Schritte zur Klärung dieser Angelegenheit unternommen.
Wenn das wahr ist?

Wronke, 7. Februar. Erdbeben. Der Siebmaler...
Oskar Radziejewski lebt seit längerer Zeit von seiner Frau...
getrennt, und diese hat die Ehecheidung eingeleitet. Der Ehe ist...
ein neunjähriger Knabe, Erich, entsprossen. Am 23. v. M. erkrankte...
untermüdet bei seiner Frau, nahm den Sobu mit sich und war...
feilher verstorben. Er wurde einige Tage später ohne den Sobu...
gefunden und verweigerte über dessen Verbleib jede Auskunft. Am...
23. v. M. erhielt Frau R. von ihrem Schwann aus Wiala einen...
Brief, worin er ihr mitteilte, daß er den Sobu bei Wiala im Wiala...
actio te habe. „Nun sei dem Knaben wohl und er brauche sich...
nicht mehr zu grämen.“ Die zu Tode erschrockene Frau übergab...
den Brief der Polizeibehörde, und die von dem Genannten aus Wiala...
angestellten Ermittlungen führten auf die Spur des Verbrechens.
Der Beamte fand auch den Leichnam des Kindes im Walle...
bei Wiala in einer Bodenvertiefung, bedeckt mit Reisig. Der Knabe...
ist von seinem namenständigen Vater erschossen worden, wie die...
Wirkmale an dem Leichnam erkennen lassen. Der Täter ist bereits...
verhaftet worden. Ob die Tat mit Vorsatz oder in einem Anfall...
gestörter Umnachtung begangen ist, wird die Untersuchung ergeben.

Aus den Gerichtssälen.

Ein dreier Heiratskandidat...
stand vor dem Breslauer Strafhammer. Der 34-jährig...
Güterbesitzer Leo Schendel ist der Sohn eines Gutsbesitzers...
in Polen und infolge seines liebreicheren Lebenswandels von...
seinen Eltern verstoßen worden. Im vorigen Jahre befand er...
sich in Sponand und lernte in Berlin ein Dienstmädchen kennen,
das in Breslau zu Hause ist. Er verbrachte nicht nur die...
Ferien, sondern ließ sich bald auch häuslich und kirchlich...
ausbilden. Nun konnte das Verirren des Mädchens zu ihm...
keine Grenzen mehr und unter allerhand Vorwänden kuppelte...
er ihr in solcher Folge 13 Mark, 100 Mark, 30 Mark,
125 Mark, 150 Mark, 27 Mark, 2 Mark, 3 Mark, 5 Mark,
50 Mark, 15 Mark, 20 Mark, 30 Mark, 20 Mark, 7 Mark und...
noch einige kleinere Beträge, insgesamt also über 600 Mark ab-
zuschwindeln. Als dann der Hochzeitstag näher kam, löste er...
das Verhältnis. Das Mädchen sah sich nun veranlaßt, einmal...
die Eltern des Schendel anzuschreiben und sich dort über ihn zu...
erkundigen. Der Vater erfuhr ihr, sie sei nun bereits die...
Küchendienstgasse, die der Sohn hintergangen habe und mehr...
als zehn uneheliche Kinder von ihm ließen in der Welt herum.
Nun diesen Falle stand ein solcher aus Landsherg a. B.,...
unter Auflage, wo Schendel ein Mädchen um 1200 Mark ge-
braucht, ferner zwei Fälle aus Forz. In einem dieser Fälle...
hatte er sich 40 Mark und im anderen 600 Mark erschwindelt.
In Frankfurt a. O. stand ein Mädchen vor der Gansst. Schendel...
ging vorbei, redete sie an und versprach ihr auch so-
fort die Heirat. Dieses Mädchen fand den Bräutigam aber...
nicht ungeschicklich und wollte von ihm nichts wissen. Da...
schrieb er ihr einen Brief, in dem er sich verpflichtete, sie inner-
halb einer bestimmten Zeit zu heiraten, oder ihr sein halbes...
Vermögen auszuzahlen. Den Brief schrieb er, damit das Mäd-

gen „eine Sicherheit in der Hand“ habe. Es gelang ihm dar-...
aufhin, noch einmal mit ihr zusammen zu kommen, wobei er...
ihre — zwei Mark aus dem Portemonnaie stahl. Das Urteil...
lautete auf zwei Jahre drei Monate Gefängnis...
und drei Jahre Ehrverlust.

Ver eins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.
Die Gewerkschaften, Gesangs-, Turn-, Radfahrer- und sonstige...
Vereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß der große Saal...
des Gewerkschaftshauses nach frei für folgende Sonn-...
abende und Sonntage des ersten Quartals 1908:
8., 15., 22. März.
Sonntagen, den 8. Februar:
Buchbinder. Generalversammlung. Zimmer 3 u. 4.
Zimmerer. Jeden Sonnabend: Radabend.
Stiefenleger. Generalversammlung. Vormittags 10 Uhr. Zimmer...
Nr. 6.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

„Volkswacht“-Agitation.
Sonntag, den 9. Februar findet eine Agitation für die „Volkswacht“...
von dem Lokal „Lindenblüte“, Königgrätzerstraße 10...
aus, statt. Alle Genossen, die Interesse für die Ausbreitung...
unserer Presse haben, werden gebeten, daran teilzunehmen und...
pünktlich Morgens 8 Uhr zu erscheinen.
An die Bezirksführer!
Der nächste Radabend ist Montag, den 10. Februar. Zu es...
schon Pflicht eines jeden Mitgliedes, an dieser moralischen Zusam-
menkunft aller Genossen teilzunehmen, so haben die Bezirksführer...
mit guter Beispiel voranzugehen und in jedem Falle mit dem...
nötigen Material pünktlich auf dem Posten zu sein. Besle niemand!

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Land-Distrikt 9.
Sonntag, den 9. Februar, Vormittags 11 Uhr: Zusammenkunft...
sämtlicher Mitglieder bei Gauss, Enderstraße. Sämtliche Bezirks-...
führer haben zu erscheinen.
Distrikt 14 (Oslauer Tor).
Sonntags, den 8. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft...
der Bezirksführer im Distriktslokal. Die Bezirksführer werden er-
sucht, pünktlich zu erscheinen oder Stellvertreter zu schicken.
Distrikt 16 (Strehlener Tor).
Sonntags, den 8. d. M., findet im Distriktslokal, Herd-...
straße 33, eine Zusammenkunft sämtlicher Bezirksführer, auch der...
neugewählten statt. Uebergabe der Beiräte an die neugewählten Be-
zirksführer. Ausgabe der Kontrollkarten. Empfangnahme der Be-
tragsmarken.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Land-Distrikt 4.
Bezirk Kleinburg. Sonntag, den 9. Februar, Vormittags...
von 10 bis 12 Uhr: Radloa bei Geier.
Land-Distrikt 11 (Deutsch-Wissa und Umgegend).
Sonntag, den 9. Februar, Vormittags 11 Uhr: Zusammenkunft...
aller Mitglieder im bekannten Lokal.
Land-Distrikt 12 (Böpselwitz).
Montag, den 10. Februar, Abends 8 Uhr: Radabend bei...
Fuchs, Böpselwitzstraße 36.

Am 5. Februar verschied nach langem, mit Geduld...
ertragenem Leiden unser guter Vater, Bruder, Schwieger- und...
Grossvater, der Schlosser 616
Wilhelm Thiel
im Alter von 65 Jahren 1 Monat.
Dies zeigen tiefbetrubt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr, nach Gräbschen.
Trauerhaus: Gräbschenerstr. 48.

Am 5. Februar 1908 verschied plötzlich der Tischler
Ludwig Päsche
im Alter von 72 Jahren. 609
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen und Hilfsarbeiter der Tischlerei, Formerei und...
Masehigenbauerei der Firma Fried. Heckmann, Gräbschen.

Am 5. Februar verschied nach langen Leiden unser innigst...
geliebtes Söhnchen und Bruder
Hermann
im Alter von 2 1/2 Jahren. — Dies zeigen schmerz erfüllt an
Die trauernden Eltern Karl u. Anna Hannig.
Beerdigung: Sonntag nachm. 2 Uhr nach dem Freireligiösen...
Kirchhof. — Trauerhaus: Bergstrasse 6.

**Trauer-
Hüte**
in grösster Auswahl zu billigen, festen Preisen
M. Tichauer, 225
Reuschestr. 47, part. und I. Etage.

Der Aufenthalt im Wasch-Hause...
wird zur Winterszeit die Ursache...
gar mancher Erkrankung.
Sie heugen dieser vor, wenn Sie...
„Ding an sich“
verwenden, das die Dauer des Waschens ganz erheblich...
verkürzt und kaum nennenswerte Arbeit erfordert.
Wäsche wird geschont.
Einfache Gebrauchsanweisung beachten.
Nicht zu verwechseln mit anderen sogen. Waschmitteln,
die bis zu 90% Soda enthalten. 216
Hier zu haben in den durch Plakate kenntlichen Drogenläden.